

Ingrid Böhler

"Wenn die Juden ein Volk sind, so ist es ein mieses Volk."¹

Die Kreisky-Peter-Wiesenthal-Affäre 1975

1. Vorgeschichte

Am 5. Oktober 1975 wurden in Österreich Nationalratswahlen abgehalten; laut Umfrageergebnissen konnte die seit fünf Jahren regierende SPÖ unter Bundeskanzler Bruno Kreisky nicht mehr mit dem Gewinn der absoluten Mehrheit rechnen. Für diesen Fall sahen die Pläne der SPÖ die Bildung einer "kleinen Koalition" mit der FPÖ vor, die ihrerseits vom Obmann der Freiheitlichen, Friedrich Peter, auf dem Parteitag 1974 in Innsbruck als Wahlziel deklariert worden war.²

In seinen Erinnerungen berichtet Simon Wiesenthal, Leiter des "Jüdischen Dokumentationszentrums des Bundes Jüdisch Verfolgter des Naziregimes" in Wien, als "Nazi-Jäger", wie er mit nicht nur diffamierend gemeinter Selbstverständlichkeit häufig bezeichnet wird, eine international bekannte Persönlichkeit, daß er wenige Wochen vor dem Wahltag beim Ordnen von Unterlagen zufällig auf eine Liste stieß, die Friedrich Peter als Mitglied der 1. SS-Infanteriebrigade, einer berüchtigten Einheit, verantwortlich für schlimmste Kriegsverbrechen im Hinterland der Ostfront, auswies.³

Wiesenthal übergab daraufhin Bundespräsident Rudolf Kirchschläger ein Dossier mit dem Peter belastenden Material, um damit eine eventuelle Angelobung einer neuen SPÖ/FPÖ-Regierung durch den Bundespräsidenten zu verzögern oder zu verhindern.⁴

¹ Bruno Kreisky zum israelischen Nachrichten-Korrespondenten Zeev Barth, in: *Spiegel*, 17. 11. 1975.

² Vgl. hierzu die Aufzeichnungen des ehemaligen Tiroler FPÖ-Nationalratsabgeordneten und Mitglieds des Bundesparteivorstandes Klaus Mahner, Brückenbauer. Bericht über meinen zweiten Lebensabschnitt seit 1950 (unveröffentlichtes Manuskript), Innsbruck 1991, S. 95 f.; Kreiskys blaue Braut, in: *profil*, 20. 8. 1975, Nr. 34, S. 12 f.; zur Entwicklung der FPÖ vor und während der "Ära Kreisky" auch Friedhelm Frischenschlager, Die Freiheitliche Partei Österreichs, in: Wolfgang Mantl (Hrsg.), *Politik in Österreich. Die Zweite Republik: Bestand und Wandel* (Studien zu Politik und Verwaltung 10), Wien - Köln - Graz 1992, S. 368-404, hier S. 373 ff; zum "spezifischen" (S. 70), d. h. grundsätzlich konstruktiven Verhältnis zwischen Kreisky und Peter, bzw. zwischen FPÖ und SPÖ, die mit der vom Minderheitskabinett Kreiskys 1970 verabschiedeten Wahlrechtsreform viel zur Sicherung des parlamentarischen Überlebens der FPÖ beigetragen hatte, siehe Heinz Fischer, *Die Kreisky-Jahre 1967-1983* (Sozialistische Bibliothek Abt. 1: Die Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie 5), Wien 1993, S. 61-82, auch Alfred Ableitinger, Die innenpolitische Entwicklung, in: Mantl, *Politik in Österreich*, S. 119-203, hier S. 183-196; Martin von Amerongen, *Kreisky und seine unbewältigte Gegenwart*, Graz - Wien - Köln 1977, S. 31 ff; Anton Pelinka, *Die Kleine Koalition. SPÖ-FPÖ 1983-1986* (Studien zu Politik und Verwaltung 48), Wien - Köln - Graz 1993, S. 15-26; Brigitte Bailer/Wolfgang Neugebauer, *Die FPÖ: Vom Liberalismus zum Rechtsextremismus*, in: *Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus*, hrsg. v. Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Wien 1993, S. 330-335.

³ Vgl. Simon Wiesenthal, *Recht, nicht Rache. Erinnerungen*, Frankfurt/M. - Berlin 1988, S. 360.

⁴ Vgl. ebd., S. 363; Amerongen, *Kreisky*, S. 98.

Überraschend rettete die SPÖ am 5. Oktober jedoch mit einem knappen Vorsprung ihre absolute Mehrheit, und das Szenario von Regierungsbildungsverhandlungen, in denen das Mitglied einer SS-Einsatzgruppe⁵ für das Amt des Vizekanzlers nominiert wurde, blieb Hypothese. Vier Tage nach der Wahl, am 9. Oktober, ging Wiesenthal auf einer von ihm veranstalteten Pressekonferenz mit dem bei Kirchschräger deponierten "Dossier Peter" an die Öffentlichkeit. Wiesenthal warf Peter vor, einen Teil seiner Vergangenheit im offiziellen Lebenslauf verschwiegen zu haben, da er sich bis dahin wiederholt nur zur Mitgliedschaft bei der Waffen-SS bekannt hatte.⁶ Aus dem der Presse vorgelegten Material ging hervor, daß der damals 20jährige Peter in den Jahren 1941/42 bei der ca. 120 Mann starken 5. Kompanie des 10. Regiments der 1. SS-Infanteriebrigade (mot.) gedient hatte. Den Tätigkeitsbereich der Brigade veranschaulichte Wiesenthal anhand mehrerer großer "Operationen" aus ihrem in den sechziger Jahren publizierten Kriegstagebuch⁷ in der Zeit von Peters Einsatz. Allein aus diesen hervorgehobenen Beispielen ergab sich die Ermordung von über 10.000 Zivilisten (darunter ca. 8.000 Jüdinnen und Juden) durch die 1. SS-Infanteriebrigade.⁸ Unter den 5.000 Angehörigen der Brigade erhielten 1942 insgesamt 31 - wie Wiesenthal annahm - besonders bewährte Soldaten das "Eiserne Kreuz II. Klasse". Einer dieser Ausgezeichneten war Friedrich Pete⁹ Der Leiter des Dokumentationszentrums schloß die Möglichkeit einer persönlichen Verwicklung Peters in die Greuelthaten der Einheit nicht aus; er fand es zumindest wahrscheinlich, daß der FP-Obmann über diese Vorgänge Bescheid gewußt hatte. Für eine Weiterleitung an die Gerichte reiche das vorhandene Dokumentenmaterial aber "noch nicht".

⁵ Dem Reichsführer-SS Heinrich Himmler wurden im Frühjahr 1941 zur Vorbereitung der politischen Verwaltung in den beim Angriff auf die Sowjetunion eroberten Gebieten Sonderaufgaben übertragen, zu deren Durchführung die Aufstellung von Einheiten außerhalb der regulären Truppe angeordnet wurden, die sogenannten "Einsatzgruppen": "Die Aufgabe der Einsatzgruppen bestand in der politischen und wirtschaftlichen Befriedung des Okkupationsraums, (...) der Vernichtung aller 'Elemente, die im Rücken der deutschen Armee eine Gefahr bildeten', Verhinderung jeglicher Autonomiebestrebungen, ersten verwaltungsmäßigen Anordnungen in den vom Heer eingenommenen Orten und Städten und Anstiftung der einheimischen Bevölkerung zu 'spontanen' Judenpogromen. Neun Zehntel der von den Einsatzgruppen getöteten 'Sonderbehandelten' waren Juden." Werner Hilgemann, Atlas zur deutschen Zeitgeschichte 1918-1968, München 1984, S. 248 f. Aufgrund ihrer geringen personellen Stärke waren die Einsatzgruppen nicht in der Lage ihrer Aufgabe flächendeckend nachzukommen. Himmler ließ daher zur Unterstützung den Einsatz weiterer SS- und Waffen-SS-Verbände anordnen. Als solche Einheit ist die 1. SS-Infanteriebrigade (mot.) einzuordnen. Vgl. auch: Wolfgang Neugebauer, Elitetruppe oder Mörderbande? Zur Rolle der SS, in: *Die Zukunft. Sozialistische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur* (Dezember 1975), Heft 23/24, S. 28-30.

⁶ Vgl. *profil*, 4. 11. 1975, Nr. 45, S. 46.

⁷ Unsere Ehre heißt Treue. Kriegstagebuch des Reichsführer SS, Tätigkeitsberichte des 1. und 2. SS-Inf.-Brigade, der 1. SS-Kav.-Brigade und von Sonderkommandos der SS, Wien - München - Zürich 1984 (1965).

⁸ Vgl. *profil*, Nr. 49, 2. 12. 1975, S. 16 f; *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 10. 10. 1975.

Alle im folgenden ohne Seitenangaben zitierten Zeitungs- bzw. Zeitschriftenartikel entstammen den Pressespiegeln des Bundeskanzleramtes bzw. der Bundesparteileitung der ÖVP (Stiftung Bruno Kreisky Archiv, Materialsammlung Presseberichte Kreisky-Wiesenthal; Archiv des Karl von Vogelsang-Instituts/Politische Akademie, BPL 961 "Kreisky-Taus" und "Fall Wiesenthal", Dokumentation des Generalsekretariats der ÖVP, November 1975, Auswahl ausländischer Pressestimmen zur Auseinandersetzung Peter-Wiesenthal-Kreisky). Ich danke den beiden Institutionen, namentlich Univ.DoZ. Dr. Oliver Rathkolb und Dr. Helmut Wohnout, für die Bereitstellung dieses Materials sowie Michael Gehler für die Vermittlung. Vgl. auch Ruth Wodak/Peter Nowak/Johanna Pelikan/Helmut Gruber/Rudolf de Cillia/Richard Mitten, "Wir sind alle unschuldige Täter". Diskurshistorische Studien zum Nachkriegsantisemitismus, Frankfurt/M. 1990, S. 282 f; Maria Sporrer/Herbert Steiner, Simon Wiesenthal. Ein unbequemer Zeitgenosse, Wien - München - Zürich 1992, S. 212.

⁹ Vgl. *profil*, 14. 10. 1975, Nr. 42, S. 14.

Diese "Aufdeckung" durch Wiesenthal stellte den Beginn dessen dar, was sich im folgenden zu einer Auseinandersetzung auswachsen sollte, die bis in den Dezember hinein ca. zwei Monate lang unter großem Interesse seitens der österreichischen Öffentlichkeit, aber auch des Auslandes, die Protagonisten in Atem hielt.

Die Anschuldigungen Wiesenthals können allein noch nicht den Skandal erklären, den sie auslösten, denn obwohl bisher der breiten Öffentlichkeit im Detail nicht bekannt, war ihr Inhalt keineswegs neu: Das österreichische Justizministerium verwies in einer amtlichen Aussendung am 10. Oktober darauf, daß die von Wiesenthal erhobenen Vorwürfe der Behörde bereits seit 1965 aus zugeleiteten Unterlagen der Zentralstelle zur Verfolgung von NS-Verbrechen in Ludwigsburg bekannt waren.¹⁰ Weiters hatte das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes Peters Aussagen in einem profil-Interview 1973, in dem er behauptet hatte, "nur" Angehöriger der Waffen-SS gewesen zu sein, korrigiert und festgestellt, daß laut Personalakt Peter seit 1938 Mitglied der allgemeinen SS war (der Waffen-SS seit 1939) und er der 1. SS-Infanteriebrigade angehört hatte.¹¹ Informationen über deren verbrecherische Tätigkeiten wiederum waren seit der Veröffentlichung des Kriegstagebuches dieser Brigade im Jahr 1965 jedermann zugänglich gewesen. Außerdem blieb die FPÖ wie bisher Oppositionspartei, die im übrigen bei den gerade geschlagenen Wahlen auch keine Stimmengewinne verbucht hatte.¹²

2. Wiesenthals "häßliches Motiv"?¹³

Entscheidend für die weitere Entwicklung der Dinge war das Verhalten von Kanzler Bruno Kreisky, der - obwohl durch den Wahlsieg in bezug auf die FPÖ an keine Rücksichten mehr gebunden - am 10. Oktober nach einem Gespräch mit dem freiheitlichen Parteiobmann der versammelten Presse zu verstehen gab, daß er dessen Unschuldsbeteuerungen Glauben schenke, um dann zum Gegenangriff überzugehen: "(...) ich kenn' den Herrn Ing. Wiesenthal oder was er für einen Titel hat. Das ist eine Mafia, die hier am Werk ist. (...) Es ist das für mich vielmehr eine Affäre Wiesenthal als eine Affäre Peter (...)." ¹⁴ Kreisky spielte hier auf eine alte Feindschaft an, die in das Jahr 1970 zurückreichte, als er, selber jüdischer Abstammung, bei der Bildung der ersten sozialistischen Alleinregierung gleich vier ehemalige Nazis in sein Kabinett berufen hatte. Daß diese Tatsache, die Kreisky internationale Kritik eintrug, an die

¹⁰ Vgl. Protokoll der "Zeit im Bild 1"-Sendung (ORF), 10. 10. 1975. Archiv des Karl von Vogelsang-Instituts/Politische Akademie, BPL 961 "Kreisky-Taus" und "Fall Wiesenthal". (Alle weiteren angeführten Nachrichtensendungen des ORF entstammen diesem Bestand und werden nicht extra ausgewiesen.)

Die Zentrale Stelle ist die zuständige Behörde in der Bundesrepublik für Vorermittlungsverfahren bei NS-Verbrechen. Zu ihrer Tätigkeit siehe Helge Grabitz, Die Verfolgung von NS-Verbrechen in der Bundesrepublik Deutschland, der DDR und Österreich, in: Rolf Steininger (Hrsg.), Der Umgang mit dem Holocaust. Europa-USA-Israel (Schriften des Instituts für Zeitgeschichte der Universität Innsbruck und des Jüdischen Museums Hohenems 1), Wien - Köln - Weimar 1994, S. 198-220.

¹¹ Vgl. *profil*, 14. 10. 1975, Nr. 42, S. 4, 13.

¹² Wahlergebnis der FPÖ 1975: 5,41 % (10 Mandate), 1971: 5,45 % (10 Mandate); vgl. Karl Gutkas, Die Zweite Republik. Österreich 1945-1985, Wien 1985, S. 275.

¹³ Der Journalist Gerhard Steininger von den *Salzburger Nachrichten* über Wiesenthals Beweggründe am 11. 10. 1975, S. 4.

¹⁴ *Zeit im Bild 1* (ORF), 10. 10. 1975.

Öffentlichkeit gelangte, war vor allem den Hinweisen Wiesenthals zu verdanken gewesen.¹⁵ Fünf Jahre später schien sich die Situation nun zu wiederholen. Die SPÖ hatte gerade einen Wahlerfolg errungen und wieder war Wiesenthal der "Spielverderber", dessen Angriff auf den potentiellen Koalitionspartner Peter auch Kritik an Kreiskys Haltung gegenüber den ehemaligen Nationalsozialisten beinhaltete. Kreisky glaubte hinter Wiesenthals Vorgehen Methode zu erkennen:

"Es war ein Aktion hauptsächlich gegen mich gerichtet, weil in diesen Kreisen, wobei ich noch einmal sagen möchte, es handelt sich hier nicht um jüdische Kreise, weil hier wieder die Sache allen angelastet wird, sondern es handelt sich hier um eine Aktion dieser Gruppe des Herrn Wiesenthal, der nicht wählerisch in seinen Methoden ist (...). So möchte ich also sagen, daß ich diese Methoden ablehne, daß ich glaube, daß diese Sache eine gegen mich gerichtete war, nämlich im Fall einer kleinen Koalition hier, überall hier und in Holland und anderwärts gegen mich Stimmung zu machen."¹⁶

Wiesenthal würde mit seinen Aktionen das Risiko einer neuen Welle des Antisemitismus eingehen.¹⁷ Wenn man alles über Wiesenthal gewußt hätte, vielleicht hätte er dann nicht die österreichische Staatsbürgerschaft erhalten.¹⁸

"Ich möchte ausdrücklich feststellen, daß ich die Verbrechen, die damals geschehen sind, in schärfster Weise verurteile und nichts mit denen zu tun haben möchte, die sie begangen haben. Das bedeutet aber nicht, daß diejenigen, die solche Behauptungen aufstellen, enthoben sind, das was sie behaupten auch zu beweisen. Und das sage ich als einer, der sehr nahe Verwandte und zwar in großer Zahl in dieser Zeit verloren hat."¹⁹

Es sei Zeit, endlich einen Schlußstrich unter die Vergangenheit zu ziehen, meinte Kreisky.²⁰ Auch mögliche Verbindungen zwischen den Angriffen des Jüdischen Dokumentationszentrums und der Volkspartei schloß der Kanzler nicht aus:

"Daß es gewisse Leute nicht ungerne sehen, wenn derartiges losgebrochen wäre, würde ich nicht ausschließen. Aber ich will nicht sagen, daß die ÖVP als Partei da betroffen ist."²¹

¹⁵ Als *his masters voice* agierend, nannte Leopold Gratz, damals Unterrichtsminister und Zentralsekretär der SPÖ, das Dokumentationszentrum Wiesenthals ein "Femeegericht" und Kreisky selbst Wiesenthal einen "Reaktionär" und "jüdischen Faschisten". Vgl. Amerongen, Kreisky, S. 48 ff.; Wiesenthal, Recht, nicht Rache, S. 354 ff.; Irene Etzersdorfer, James Bond oder Don Quichotte? Simon Wiesenthals Kampf gegen Lüge und Verdrängung, Wien 1992, S. 39, 44, 50 ff. Herbert Peter Secher, Kreisky and the Jews, in: Günter Bischof/Anton Pelinka (Hrsg.), *The Kreisky Era in Austria (Contemporary Austrian Studies 2)*, New Brunswick - London 1994, S. 19 f.

¹⁶ Abendjournal (ORF), 10. 10. 1975.

¹⁷ Ebd; *Presse*, 11. 10. 1975, S. 2; *profil*, 14. 10. 1975, Nr. 42, S.

¹⁸ *Presse*, 11. 10. 1975, S. 2; *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 13. 10. 1975.

¹⁹ *Zeit im Bild 1* (ORF), 10. 10. 1975.

²⁰ Vgl. *Salzburger Nachrichten*, 11. 10. 1975, S. 4; *Times*, 11. 10. 1975; *Die Welt*, 13. 10. 1975; *Spiegel*, 13. 10. 1975; *Münchener Merkur*, 14. 10. 1975; *Information*, Kopenhagen, 18./19. 1975.

²¹ *Zeit im Bild 1* (ORF), 10. 10. 1975.

Da Wiesenthal als ÖVP-Anhänger bekannt war,²² beeilte sich die Bundeszentrale in der Kärntnerstraße festzustellen, daß die Partei mit der Initiative des Leiters des Dokumentationszentrums nichts zu tun habe. Dies sei eine Unterstellung Kreiskys. Die Beteiligten sollten nach einer raschen gerichtlichen Klärung streben, lautete ihr einziger Kommentar. Die VP-Bundesspitze wollte sich offenkundig nicht in die Sache verwickeln lassen.²³

Laut Herausgeber der Kronenzeitung, Hans Dichand, alias Cato, hatten sich die Justizbehörden "schon vor Jahren" mit dem "Fall Peter" beschäftigt "ohne daß dabei etwas herausgekommen wäre". In Übernahme der Sichtweise des Kanzlers, für die das Boulevardblatt auch weiterhin Partei ergreifen sollte, gab es hier nur einen "Fall Wiesenthal" zu untersuchen.²⁴ Gerhard Steininger schrieb in den Salzburger Nachrichten, daß Simon Wiesenthal sich "in eklatantester Weise in die österreichische Politik einzumengen gedachte", dieser "politische Background" nehme "der Aktion Wiesenthal" die "mögliche moralische Rechtfertigung".²⁵ Für antisemitische Ausbrüche falle Wiesenthal allein die Verantwortung zu. In dieses Bild paßte, daß während eines Live-Auftritts von Wiesenthal in einer Nachrichtensendung des ORF am 9. Oktober abends das Gebäude am Königberg wegen mehrerer Bombendrohungen unter Polizeischutz gestellt werden mußte.²⁶

Vom prinzipiellen Anliegen des "Nazijägers" einmal abgesehen, der an Friedrich Peters Kriegsvergangenheit Anstoß nehmen mußte, ist es nicht völlig von der Hand zu weisen, daß neben der persönlichen Antipathie zwischen dem Kanzler und Wiesenthal, für letzteren auch Erwägungen, die sich gegen die sozialistische Partei richteten, eine Rolle spielten. Wiesenthals Reibereien mit der SPÖ besaßen Tradition. So prangerte er den Opportunismus der Partei an, der diese nach dem Krieg dazu gebracht hatte, die gelichteten Reihen der sozialistischen Funktionäre, unter denen sich viele Juden befunden hatten, fallweise mit ehemaligen Nationalsozialisten aufzufüllen.²⁷ Den Justizminister Christian Broda und seine Partei machte er für die Geschworenengerichte, die zu spektakulären Freisprüchen von NS-Verbrechern geführt hatten, verantwortlich.²⁸ Auch als man noch zu "großkoalitionären" Zeiten in der SPÖ laut über die potentielle Bildung einer kleinen Koalition mit der FPÖ nachdachte, hatte Wiesenthal 1963,

²² Amerongen, Kreisky, S. 69; *profil*, 14. 10. 1975, Nr. 42, S. 16, bezeichnet Wiesenthal als ÖVP-Mitglied, in diesem Punkt widersprechend siehe die Ausgabe vom 7. 7. 1976, Nr. 1/2, S. 37; Wiesenthal läßt es in seinen Memoiren offen; siehe ders., *Recht, nicht Rache*, S. 385.

²³ Der stellvertretende Salzburger Landeshauptmann Siegfried Haslauer hingegen wandte sich bei einem Treffen von 12.000 Kameradschaftsbündlern gegen eine "Para-Polizei" in Österreich, die in der Vergangenheit eines damals 20jährigen "herumschnüffle". *Presse*, 14. 10. 1975, S. 1.; vgl. *Salzburger Nachrichten*, 14. 10. 1975, S. 2.

²⁴ *Neue Kronenzeitung*, 7. 12. 1975, zit. n. Wodak u. a., "Wir sind alle unschuldige Täter", S. 300. Siehe dort auch die genaue Analyse der Berichterstattung dieser Zeitung, ebd., S. 300-311.

²⁵ Wiesenthal, 1908 im Osten der Donaumonarchie geboren, besitzt seit 1953 die österreichische Staatsbürgerschaft; vgl. Amerongen, Kreisky, S. 64.

²⁶ Vgl. *Salzburger Nachrichten*, 11. 10. 1975, S. 4.

²⁷ Vgl. Sporrer/Steiner, *Simon Wiesenthal*, S. 167.

²⁸ Vgl. Helga Embacher, *Juden in Österreich nach 1945. Die Israelitische Kultusgemeinde Wien im Kalten Krieg*, phil. Diss. Salzburg 1993, S. 352 ff.

ohne damals großes Aufsehen zu ernten, auf die SS-Mitgliedschaft Peters hingewiesen. Für Wiesenthal blieb die FPÖ eine Partei der "Ehemaligen", die durch solche Aktionen der Sozialisten eine untragbare Aufwertung erfuhr.²⁹

Ebenso mit von Bedeutung war die Dominanz der Sozialisten innerhalb der Israelitischen Kultusgemeinde Wiens (IKG), die seiner Meinung nach eine politische Einseitigkeit darstellte, welche die Durchsetzung jüdischer Interessen massiv behinderte.³⁰ Bei den Kultuswahlen 1959 startete er daher erstmals den Versuch, durch die Kandidatur auf einer eigenen Liste, dem "Bund jüdischer Verfolgter des Naziregimes", Einfluß auf die jüdische Gemeinde Wiens zu erlangen. Die Liste kam jedoch über Anfangserfolge nicht hinaus, die Wiener Juden grenzten sich vom "Ostjuden" Wiesenthal ab, und auch aus Angst, daß der gegen Wiesenthal und sein "Rächerimage" gerichtete Antisemitismus auf alle Juden in Österreich zurückfallen könnte, blieb Wiesenthal innerhalb der jüdischen Gemeinde isoliert.³¹ Im vorliegenden Fall wies die IKG ausdrücklich darauf hin, daß das Dokumentationszentrum keine zur Kultusgemeinde gehörende Organisation sei - wiewohl Schuldige ihrer gerechten Strafe nicht entgehen dürften.³² Bezeichnenderweise konnte am selben Tag in den Zeitungen gelesen werden, daß der SP-Nationalratsabgeordnete und Präsident der Österreichisch-Israelischen Gesellschaft, Otto Probst, Wiesenthals Vorgehen unnützlich fand, "weil er nichts Konkretes in der Hand hat".³³ Offenbar beeinflusst von der Sicht der IKG Wien fand sich in der israelischen Tagespresse neben dem deutlichen Mißtrauen gegenüber den Österreichern und der Kritik an Kreiskys Schlußstrich-Äußerung ebenfalls eine Portion Argwohn bezüglich der Motive des "Nazijägers".³⁴ "Die Jagd nach Nazis - um der Sache willen oder aus politischem Interesse?" lautete die Schlagzeile des in Tel Aviv erscheinenden Blattes Maariv.³⁵

3. "Da ich verstanden habe, warum Leute wie er Hitler-Anhänger wurden (...), ist mein Verhältnis zu ehemaligen Nazis ein anderes."³⁶ - Die Affäre Kreisky

Am 14. Oktober erschien erstmals nach Beginn der Affäre das Nachrichtenmagazin profil - laut Kronenzeitung "Wiesenthals Hauspostille"³⁷ -, das in den folgenden Wochen ausführlich über

²⁹ Vgl. Sporrer/Steiner, Simon Wiesenthal, S. 170 ff.

³⁰ "Die einzige jüdische Gemeinde der Welt, deren leitende Funktionäre von einer außerjüdischen politischen Organisation - nämlich der SPÖ - gelenkt wurden, war in der damaligen Zeit die Israelitische Kulturgemeinde in Wien. (...) Bevor Wiedergutmachungsforderungen gestellt wurden, mußte zuerst die 'politische Erlaubnis' bei der SPÖ eingeholt werden." ebd., S. 176.

³¹ Vgl. Embacher, Kultusgemeinde, S. 356.

³² Vgl. *Presse*, 14. 10. 1975, S. 1; ebd., 22. 10. 1975, S. 2.

³³ *Presse*, 14. 10. 1975, S. 1.

³⁴ Vgl. *Jediot Achronot*, 13. 10. 1975. Diese auflagenstarke Zeitung hat keine explizite politische Ausrichtung, tendenziell richtet sie sich eher an Likud-Wählerschichten.

³⁵ Vgl. *Maariv*, 13. 10. 1975. *Maariv* ist ein unabhängiges Massenblatt, dessen Leserschaft eher der Arbeiterpartei zuzuordnen ist.

³⁶ Bruno Kreisky über Friedrich Peter in der einzigen Erwähnung im 2bändigen Memoiren-Werk des Ex-Kanzlers, in: Bruno Kreisky, *Zwischen den Zeiten. Erinnerungen aus fünf Jahrzehnten*, Berlin 1986, S. 207.

die Kontroverse und deren Hintergründe berichtete. Vor allem durch den Herausgeber und Chefredakteur sowie Ex-Wiesenthal-Mitarbeiter Peter Michael Lingens erhielt der Leiter des Dokumentationszentrums energische Unterstützung.³⁸ Wie dieser war Lingens davon überzeugt, daß Peters Tragfähigkeit in politischen Spitzenfunktionen nicht vom Beweis individueller Schuld oder Unschuld abhängig sein sollte:

"Was soll der Vorwurf, daß Wiesenthal das alles 'nur' angezettelt habe, um die vermeintliche kleine Koalition abzuwenden: wann denn, wenn nicht in dem Augenblick, in dem sich Peter anzuschicken schien, Zünglein an der Waage der österreichischen Innenpolitik zu sein, ist seine moralische Qualifikation für diese Stellung zu überprüfen?"³⁹

Deutliche Worte fand er zur Haltung des Bundeskanzlers:

"In Wahrheit kann man das, was Kreisky tut, auf rationale Weise nicht widerlegen. Nur irrational: es ist unmoralisch. Würdelos. (..) Es gibt, und Bruno Kreisky möge gelegentlich daran denken, nicht bloß die Pflicht zu verzeihendem Verständnis für die Täter von damals - sondern auch die andere Pflicht, den Opfern von damals den allnotdürftigsten Takt entgegenzubringen."⁴⁰

Zurückgekehrt von einem Kurzurlaub erneuerte Kreisky jedoch mit Nachdruck am 21. Oktober den Katalog seiner Anschuldigungen und Verdächtigungen; er äußerte den Wunsch, daß das Parlament ihn bei einer etwaigen Klage Wiesenthals, die dieser angekündigt hatte, von seiner parlamentarischen Immunität entbinden möge.⁴¹ In seiner Verteidigungsrede für den FPÖ-Obmann fand er Parallelen zwischen dem SS-Mann Peter und dem KZ-Opfer Wiesenthal: Wenn ein Jude das Dritte Reich überlebt habe, "so ist das ein großes Glück, und die Angaben darüber, wie er überlebt hat, müssen ihm geglaubt werden". Auch Peter, der ihm "auf Treu und Glauben" versichert hätte, daß er niemals an Erschießungen teilgenommen habe, müsse er glauben. Er deutete sogar Gemeinsamkeiten zwischen der Biographie der FP-Obmannes und seiner eigenen an, indem er sich selbst als "alten Illegalen" bezeichnete:

"(...) ja, bitte, Sie hören richtig, ein alter Illegaler, im Jahre 1934 illegalisiert, durch ein illegales Regime in Österreich, da wurde hingerichtet, da wurde geschlagen, geprügelt,

³⁷ Viktor Reimann in *Neue Kronenzeitung*, 7. 12. 1975, zit. n. Wodak u. a., "Wir sind alle unschuldige Täter", S. 302.

³⁸ Ab dem 28. 10. 1975 erschien in *profil* die vierteilige Serie "Wer ist Simon Wiesenthal?" von Peter M. Lingens: 1. Teil "Wer ist Simon Wiesenthal?". Den Nazi, der ihm das Leben rettete, lud er zur Hochzeit seiner Tochter ein. Er kämpfte in Israel gegen die These der 'Kollektivschuld' und recherchiert die russischen Massaker in Katyn. Alle Vorwürfe, die Kreisky jetzt gegen ihn vorbringt, haben schon seit Jahren die Kommunisten gegen ihn erhoben"; Teil 2, 4. 11. 1975, "Jagdmotive. Er lebt in einem selbsterbauten KZ, denn er hat das Gedächtnis eines Computers: Was er erlebt hat, kann er nicht vergessen"; Teil 3, 11. 11. 1975, "Femejustiz". Kreisky beschuldigt ihn der Privatjustiz und der Feme. Im Justiz- und Innenministerium weiß man nichts davon"; Teil 4, 25. 11. 1975, "Wer jagte Eichmann? Erstmals veröffentlicht: Wiesenthals Eichmann-Dossier für die Israelis. Seine Korrespondenz mit der Botschaft".

³⁹ *Profil*, 14. 10. 1975, Nr. 42, S. 10.

⁴⁰ Ebd., Nr. 43, 21. 10. 1975, S. 19.

⁴¹ *Mittagsjournal* (ORF), 21. 10. 1975; *Neue Zürcher Zeitung*, 23. 10. 1975.

gefoltert, (...) und damals begann das große Unglück (...) und wir sollen also nur bei 38 beginnen".⁴²

Wiesenthal wolle ihn zur Strecke bringen, weil er seine Aufgabe nicht im Dienste Israels leiste, wurde von nun an zu einem seiner Hauptargumente.⁴³ Dabei - führte der Kanzler weiter aus - gäbe es wissenschaftlich betrachtet kein jüdisches Volk, sondern nur eine verstreute Glaubensgemeinschaft, die in verschiedenen Regionen zu verschiedenen Zeiten ihre jeweils eigenständige, von ihrer Umgebung beeinflusste Kultur entwickelt hätte. Durch die Geschichte ihrer Verfolgungen sei aus der Glaubens- eine Schicksalsgemeinschaft entstanden. Aber deshalb zu schließen, daß sich alle Juden zu einer Gemeinschaft bekennen müßten, sei Rassismus unter umgekehrten Vorzeichen.⁴⁴

Mit den von Kreisky ins Spiel gebrachten Stichworten "Israel" bzw. "Judentum" erhielt die Auseinandersetzung eine neue, für internationales Aufsehen sorgende Facette. Drei Tage später richtete das israelische Außenministerium über die österreichische Botschaft in Tel Aviv eine Anfrage an den Bundeskanzler, in der um Aufklärung seiner Äußerungen zum jüdischen Volk gebeten wurde.⁴⁵ Offenbar wollten aber beide Seiten verhindern, daß Auffassungsunterschiede zwischen zionistischen und nicht-zionistischen Standpunkten die gegenseitigen politischen Beziehungen beeinflussten; Israel wollte auch den Eindruck vermeiden, daß es sich in eine innerösterreichische Angelegenheit um die Person Peter einzumischen versuchte. Man bemühte sich um rasche Verständigung.⁴⁶ Kreisky traf am 27. Oktober den israelischen Botschafter Avigdor Dagan zu einem Gespräch. Er betonte unter Verweis auf das österreichische Engagement für eine friedliche Lösung im Nahen Osten, daß er nie die Existenz des israelischen Staates und des israelischen Volkes in Frage gestellt habe, denn er sei Anhänger der Idee von der Staatsnation. Israels diplomatische Verstimmung wurde mit der Teilnahme des Außenministers Ygal Allon an den Feierlichkeiten der österreichischen Botschaft in Tel Aviv anlässlich des Nationalfeiertages vorerst für alle sichtbar beigelegt.⁴⁷ Anklagend meinte Wiesenthal zu der von Kreisky provozierten thematischen Umlenkung des ursprünglichen Themas: "Da liefern zwei Juden der Welt ein politisches Schauspiel, und die einstigen SS-Leute lachen sich dabei ins Fäustchen."⁴⁸

Kreiskys Kommentaren im Rahmen der Pressekonferenz vom 21. Oktober wurde nicht nur von israelischer Seite widersprochen. Die Kultusgemeinde empfand sie als Provokation. Sie verbat sich tags darauf mittels eines Telegrammes den Ausdruck "Mafia" im Zusammenhang mit Naziverfolgung und fragte an, ob Kreisky damit vielleicht die österreichischen Juden meinte.

⁴² Mittagsjournal (ORF), 21. 10. 1975.

⁴³ Ebd.; *Times*, 22. 10. 1975; *Neue Rhein-Zeitung*, 22. 10. 1975; *Münchener Merkur*, 22. 10. 1975; *Süddeutsche Zeitung*, 23. 10. 1975; *Jewish Chronicle*, 24. 10. 1975.

⁴⁴ Vgl. *Salzburger Nachrichten*, 22. 10. 1975, S. 2.

⁴⁵ Vgl. *Presse*, 24. 10. 1975, S. 2; *Salzburger Nachrichten*, 24. 10. 1975, S. 2; *Neue Zürcher Zeitung*, 25. 10. 1975.

⁴⁶ Vgl. *Maariv*, 27. 10. 1975.

⁴⁷ Vgl. *Salzburger Nachrichten*, 28. 10. 1975, S. 2; *Jerusalem Post*, 28. 10. 1975; *Maariv*, 28. 10. 1975; *Die Welt*, 29. 10. 1975; *Neue Zürcher Zeitung*, 30. 10. 1975.

⁴⁸ Vgl. *Frankfurter Rundschau*, 23. 10. 1975; *Die Welt*, 24. 10. 1975.

Kreisky weigerte sich, das Telegramm wegen des Tonfalles zur Kenntnis zu nehmen und intervenierte persönlich beim Präsidenten für ein Rücknahme des Telegramms. Doch die Gemeindeführung blieb hart und beschloß, das Telegramm nicht zurückzuziehen.⁴⁹

Auch die "Aktion Kritischer Wähler" und "Österreicher für Kreisky", zwei überparteiliche Komitees, die Kreisky im Nationalratswahlkampf unterstützt hatten, sammelten vierzig Unterschriften von Intellektuellen gegen Kreiskys Haltung zu ehemaligen Nazis. In ihrer Erklärung wurde festgestellt, daß "eine klare Trennung zwischen Mitläufertum und Verbrecher zur Bewältigung der Vergangenheit gehört".⁵⁰

Die Härte der Attacken Kreiskys auf Wiesenthal erreichte einen Höhepunkt, als der Bundeskanzler nach wiederholten Anspielungen, daß auch Wiesenthal eine dunkle Vergangenheit habe,⁵¹ am 10. November vor der Auslandspresse den Leiter des Dokumentationszentrums bezichtigte, Nazi-Kollaborateur gewesen zu sein:

"Und der Herr Wiesenthal hat zur Gestapo, behaupte ich, eine andere Beziehung gehabt als ich, ja, nachweisbar. (...) Alles andere werde ich beim Prozeß sagen. Meine Beziehung zur Gestapo ist eindeutig, ich war ihr Gefangener, ihr Häftling, und war beim Verhör. (...) er ist ja kein feiner Herr, und ich sage nur, das muß klargestellt werden, damit er nicht zu einer moralischen Autorität wird, die er nicht ist. (...) ich verstehe, daß er sein Leben retten wollte unter den Nazis, jeder hat's auf seine Art versucht (...)."

Wohlweislich vermied er es aber, über die Art dieser politischen "Überlebenstaktik" nähere Auskünfte zu geben. In einer für Kreiskys Sprechverhalten sehr typischen Weise stellte er zuerst eine direkte Verbindung zwischen Wiesenthal und der Gestapo her, um anschließend das Gesagte zu relativieren.

"Ich behaupte, daß Herr Wiesenthal in dieser Zeit in der nazistischen Einflußsphäre gelebt hat, ohne daß er verfolgt wurde, Ja? Und er hat offen gelebt, (...) das konnte niemand riskieren (...). Es hat so viele Agentenmöglichkeiten gegeben, man mußte kein Gestapo-Agent damals sein, es gab da noch viele andere Dienste."

Sein Wissen, sagte Kreisky, stütze sich "auf Aussagen, Berichte von Aussagen von Leuten aus dieser Zeit. (...) Es sind Österreicher, es sind Deutsche." Er war nicht der erste, der die Idee hatte, dem Nazijäger dadurch die Glaubwürdigkeit zu rauben, indem er aus ihm einen Nazikollaborateur machte. Bereits 1969 war in Polen diese Behauptung aufgestellt worden - als Gegenmaßnahme zu Wiesenthal, der den KP-gesteuerten Antisemitismus angeprangert hatte. Kreisky hatte sich nicht nur den polnischen Vorwurf zu eigen gemacht und stützte sich auf dieselben nicht verifizierbaren Belegmaterialien, die die Polen ins Spiel gebracht hatten. Allem

⁴⁹ Vgl. *profil*, 4. 11. 1975, Nr. 45, S. 15; *Jediot Achronot*, 5. 11. 1975.

⁵⁰ Zit. n. *profil*, 11. 11. 1975, Nr. 46, S. 22; *Israel Nachrichten*, 11. 11. 1975; unterschrieben haben u. a.: Paul Blau, Fritz Klenner, Reinhold Knoll, Fritz Kolb, Alfred Magaziner, Albert Massiczek, Anton Pelinka, Hugo Pepper, Erich Pogats. Vgl. auch Anton Pelinka, Windstille. Klagen über Österreich, Wien - München 1985, S. 61, sowie den Artikel von Reinhold Knoll, Obmann der Aktion Kritischer Wähler, "Das Schweigen", in: *Die Zukunft. Sozialistische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur* (Anfang Februar 1976), Heft 3, S. 30-31.

⁵¹ Vgl. *Presse*, 8./9. 11. 1975, S. 2.

Anschein nach, so schrieb *profil*, bezog er sich auch auf Material, das aus deutschen nationalen Kreisen lanciert worden war.⁵²

Aber auch eine spätere Geheimdienst-Tätigkeit hielt Kreisky für wahrscheinlich, - was übrigens wieder die Polen schon vor ihm verbreitet hatten. Er wies auf die Verbindungen Wiesenthals zu dem Ende der sechziger Jahre aufgefliegenen Spion Johann Ableitinger hin.⁵³ Wiesenthals tatsächliche Arbeit für den amerikanischen CIC in der unmittelbaren Nachkriegszeit schien in diesem Zusammenhang niemanden zu interessieren.⁵⁴

Wiesenthal hatte in der Zwischenzeit gegen die Mafia-Anschuldigung Klage eingereicht. Darauf bezog sich der Kanzler, als er fortfuhr:

"(...) da wird er sich nicht mit einer Presseehrenbeleidigung abputzen können, wie er wollte. (...), das wird ein großer Prozeß (...). Der Mann muß verschwinden."

Wiesenthal habe seinerseits gesagt, Kreisky müsse "vernichtet" werden. Der Kanzler zitierte hier eine angeblich gegenüber dem Wiener Verleger Fritz Molden während der Auseinandersetzung um die ehemaligen Nazis im Kabinett fünf Jahre vorher im Zorn gemachte Aussage Wiesenthals,⁵⁵ die er vor "4 bis 5 Wochen (...) am Flugplatz" wiederholt haben sollte.⁵⁶ Insgesamt legte die Pressekonferenz ein beredtes Zeugnis vom gewaltigen Eifer ab, den Kreisky in der Angelegenheit entwickelte. Er schien den Prozeß mit seinem Kontrahenten geradezu zu suchen, um seine Vorwürfe endlich beweisen zu können. Er ging sogar soweit, seine eigene Partei davor zu warnen, auf seiner Immunität zu bestehen, er werde in diesem Fall sein Abgeordnetenmandat niederlegen.⁵⁷ Vom Leiter des Dokumentationszentrums wurden die Beschuldigungen tags darauf als völlig haltlos zurückgewiesen. Hinter dem allem stecke der Versuch, den Ankläger in der Sache Peter zum Schweigen zu bringen. Die laufende Klage ließ er um die Spitzel-Beschuldigung erweitern.⁵⁸

⁵² Vgl. *profil*, 18. 11. 1975, Nr. 47, S. 18 f; *Neue Zürcher Zeitung*, 27. 11. 1975.

⁵³ Der ehemalige Staatspolizist Ableitinger betrieb ein konzessioniertes Detektivbüro in Wien. Seine Beziehungen zum Innenministerium ermöglichten ihm den Zugang zu Aktenmaterial, das er u. a. an den israelischen Geheimdienst weiterleitete. Zu seinen Kunden zählte auch Simon Wiesenthal, der dies nie bestritt und in dessen Bücher die Ausgaben für Ableitingers Dienste aufschien. Der Mehrheitsbericht des parlamentarischen Untersuchungsausschusses, der sich mit der nachrichtendienstlichen Unterwanderung des Innenministeriums beschäftigte, erwähnte Wiesenthal nicht als Verdächtigen. Im Minderheitsbericht der SPÖ versuchte der Verfasser Christian Broda eine engere Verbindung zwischen den Aufträgen Wiesenthals und der israelischen Botschaft zu knüpfen. Ein hierüber eingeleitetes Gerichtsverfahren wurde eingestellt. Vgl. Etzersdorfer, James Bond, S. 45; *profil*, 2. 12. 1975, Nr. 49, S. 10.

⁵⁴ Vgl. Wiesenthal, *Recht, nicht Rache*, S. 45-71.

⁵⁵ Genaue Details ließen sich von *profil* nicht mehr recherchieren. *Profil*, 18. 11. 1975, Nr. 47, S. 22.

⁵⁶ Alle Zitate aus dem gekürzten Protokoll der Pressekonferenz entnommen, abgedruckt in: *profil*, 18. 11. 1975, Nr. 47, S. 22 f.; für die Berichterstattung in der Auslandspresse siehe z. B.: *Süddeutsche Zeitung*, 12. 10. 1975; ebd., 15./16. 11. 1975; *International Herald Tribune*, 11. 11. 1975; *Guardian*, 11. 11. 1975; *Dolomiten*, 11. 11. 1975; *Tages-Anzeiger, Zürich*, 12. 11. 1975; *Davar*, 11. 11. 1975; *Washington Post*, 11. 11. 1975; *New York Post*, 11. 11. 1975; *Daily News*, 11. 11. 1975; *Die Welt*, 15. 10. 1975; *Hannoversche Allgemeine Zeitung*, 17. 11. 1975.

⁵⁷ *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 13. 11. 1975; *Jediot Aharonot*, 11. 11. 1975.

⁵⁸ Vgl. *profil*, 18. 11. 1975, Nr. 47, S. 16; *Neue Rhein-Zeitung*, 12. 11. 1975; *Haaretz*, 11. 11. 1975; *Süddeutsche Zeitung*, 15./16. 11. 1975.

In der Pressekonferenz ging es außerdem wieder um die Themen Judentum und Israel. Der Kanzler hatte seinem Unmut darüber Luft gemacht, daß Wiesenthal und mit ihm die Politiker und die Presse Israels glaubten, er müßte sich aufgrund seiner jüdischen Abstammung zu einer besonderen Loyalität gegenüber Israel verpflichtet fühlen:

"Ich halte die Methode, Juden oder jüdische Abkömmlinge in ihrem Heimatland suspekt zu machen, indem man sie als Teil einer sogenannten jüdischen Schicksalsgemeinschaft sowie für Israel reklamiert, damit aber in ihrer wahren Heimat isoliert, für eine umgekehrte Form des Antisemitismus, für einen posthumen Sieg Hitlers."⁵⁹

"Ich bin es satt, auf israelische Kritik zu reagieren", hatte er bereits wenige Tage zuvor zum israelischen Journalisten Zeev Barth gesagt.⁶⁰ Solche Äußerungen trugen natürlich keineswegs dazu bei, in Israel ein freundliches Klima für den österreichischen Bundeskanzler zu schaffen. Ministerpräsident Jitzak Rabin verschob seinen beabsichtigten Staatsbesuch in Österreich; neben einer dringenden Reise nach Washington wurde der Konflikt mit Bruno Kreisky über die "jüdische Frage" als Begründung der Absage genannt.⁶¹ Maariv bezeichnete den Kanzler als "ehrlösen Hofjuden";⁶² die kommunistische Al Hamishmar, zog einen Vergleich mit dem instrumentalisierten Antizionismus Gomulkas.⁶³ Die "Jewish Defense League" in den USA verurteilte Kreiskys Verhalten als Ablenkungsmanöver und meinte in einer Erklärung, daß Kreisky seit der Schließung des Durchgangslagers Schönau bei Wien von vielen Juden ohnehin als "beschnittener Nazi betrachtet wird".⁶⁴ Trotzdem konnte Israel nicht an einer außer Kontrolle geratenden Verschlechterung der Beziehungen zu Österreich gelegen sein. Schließlich hatte Österreich am 11. November 1975 gegen die - von der Mehrheit angenommene - Resolution der UN-Vollversammlung gestimmt, die den Zionismus als Form des Rassismus verurteilte.⁶⁵ Und auch ohne das Durchgangslager Schönau war Österreich die unverzichtbare Transitstation für jüdische Auswanderer aus der Sowjetunion.⁶⁶

Am 16. November traf unter der Führung der SPÖ-Spitzenpolitiker Anton Benya und dem Wiener Bürgermeister Leopold Gratz eine Delegation des ÖGB als Gast der Gewerkschaftsorganisation "Histadrut" in Israel ein. Diese Reise gab den Delegationsteilnehmern ausführliche Gelegenheit zur Erklärung des Kanzlerstandpunktes. Die "Histadrut"-Zeitung Davar fand über den Besuch der Österreicher nur Positives zu berichten. Er

⁵⁹ Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 13. 11. 1975; vgl. auch *Dolomiten*, 11. 11. 1975.

⁶⁰ Vgl. *Jediot Aharonot*, 5. 11. 1975; *Davar*, 9. 11. 1975; *Israel Nachrichten*, 11. 11. 1975.

⁶¹ Vgl. *Israel Nachrichten*, 11. 11. 1975, *Maariv*, 11. 11. 1975.

⁶² *Maariv*, 14. 11. 1975.

⁶³ *Al Hamishmar*, 16. 11. 1975.

⁶⁴ *Dpa* (Washington), 12. 11. 1975; *Westdeutsche Allgemeine Zeitung*, 15. 11. 1975.

⁶⁵ Österreich kritisierte das Fehlen eines Hinweises auf die staatliche Existenz Israels. Vgl. *Presse*, 12. 11. 1975, S. 1 f; siehe hierzu auch den freundlichen Kommentar in der links-intellektuellen israelischen Tageszeitung *Haaretz*, 25. 11. 1975.

⁶⁶ 1973: 32.142 Einreisen/32.014 Ausreisen, 1974: 20.400 Einreisen/20.669 Ausreisen; vgl. Bettina Gruber, Die Nahostpolitik Bruno Kreiskys, Diplomarbeit Klagenfurt 1989, Anhang.

wurde als "Ausdruck der Solidarität" nach dem Abstimmungsergebnis bei der UNO bezeichnet, die von Österreich gespendete technische Ausstattung einer Berufsschule und eine mitgebrachte Kreditzusage fanden ausführliche Erwähnung. Davar, das als inoffizielles Regierungsorgan galt, spiegelte die pragmatisch-versöhnliche Linie des israelischen Außenministeriums wider.⁶⁷

Wie eine Bombe schlug am 17. November ein Artikel mit der Überschrift "Kreisky: 'Die Juden - ein mieses Volk'" in der deutschen Zeitschrift Der Spiegel ein. Dem Kanzler waren bei einem Interview, das er dem israelischen Nachrichten-Korrespondenten Zeev Barth Anfang des Monats gegeben hatte, die Nerven durchgegangen. Die Juden würden es bei ihm am sonst üblichen Respekt gegenüber Staatsoberhäuptern fehlen lassen. Er verglich Barths Fragen mit Verhörmethoden und drohte mit Rausschmiß. Am Ende des Gesprächs wollte Kreisky einen versöhnlichen Spaß machen und sagte: "Wenn die Juden ein Volk sind, so ist es ein mieses Volk."⁶⁸ Der Kontext dieses berühmt gewordenen Ausspruches kam in der Berichterstattung nicht zur Geltung und auch die darin enthaltene Ironie wurde nicht wahrgenommen bzw. als unpassend empfunden. Barth, so schrieb er später, hatte niemals beabsichtigt, diese emotionale und außerhalb des eigentlichen Interviews gemachte Aussage zu veröffentlichen. Er hatte aber Kollegen über den Gesamtverlauf des Gesprächs informiert und so gelangte die Geschichte in den Spiegel.⁶⁹ Es nützte auch nichts mehr, daß der Herausgeber des Magazins, Rudolf Augstein, sich am nächsten Tag in einem Telegramm für die reißerische Überschrift, die in seiner Abwesenheit festgelegt worden war, beim Kanzler entschuldigte.⁷⁰ Das schien auch Kreisky selbst zu wissen, der in der folgenden Spiegel-Ausgabe in einem Leserbrief von "unkorrektem Journalismus" sprach, die Zurücknahme seiner Bemerkung klang hergeholt: "Ein Volk, das 'keines ist', kann also auch kein 'mieses' sein."⁷¹

Der Ausspruch ging durch die Weltpresse und hatte zur Folge, daß alles gebannt auf Kreiskys Reaktion wartete, der die Gelegenheit dazu nützte, seine Angriffe auf Wiesenthal zu wiederholen: Dieser würde das Ansehen Österreichs im Ausland schädigen, indem er den Eindruck erwecke, daß das Land "ein Refugium für Kriegsverbrecher und Antisemiten" sei.⁷² Aus Furcht (vor seiner Rache) habe sich bisher niemand getraut, etwas gegen Wiesenthal zu unternehmen, er werde die von Wiesenthal betriebene Selbstjustiz, das habe er mit "Mafia-

⁶⁷ Vgl. *Davar*, 18. 11. 1975; auch: *Jerusalem Post*, 16. 11. 1975; *Haaretz*, 17. 11. 1975.

⁶⁸ *Spiegel*, 17. 11. 1975.

⁶⁹ "Ein Dementi erschien mir nutzlos (...). Darüber hinaus sah ich auch nicht den geringsten Grund zur Rücksichtnahme auf den Bundeskanzler, der mich zwar fragte, ob ich 'solche Fragen [Barth hatte sich nach Kreiskys Definition von "politischer Mafia" erkundigt. I.B.] auch dem französischen Ministerpräsidenten stellen' würde, sich aber dabei eines Tones und einer Lautstärke bediente, die er vermutlich einem Korrespondenten des 'Al Ahram' gegenüber kaum anzuwenden gewagt hätte." Zeev Barth in: *Israel Nachrichten*, 16. 12. 1975. Ephraim Kishon schreibt, daß der Ausspruch nicht von Kreisky erfunden wurde, sondern er einen jüdischen Kabarettisten aus Wien zitierte. Vgl. in: *Israel Nachrichten*, 5. 12. 1975.

⁷⁰ Vgl. *Morgenjournal* (ORF), 18. 11. 1975; *Süddeutsche Zeitung*, 19. 11. 1975; *Maariv*, 23. 11. 1975.

⁷¹ *Spiegel*, 24. 11. 1975.

⁷² Vgl. *Morgenjournal* (ORF), 18. 11. 1975.

Methoden" gemeint, vor Gericht beweisen. Kreisky bekräftigte in diesem Zusammenhang erneut den Entschluß, seine Immunität aufheben zu lassen.⁷³

Der Kommentar von Otto Probst, der die erneuten verbalen Attacken des Kanzlers als unnötig und dem Ansehen Österreichs abträglich bezeichnete, war ein Hinweis darauf, daß sich innerhalb der SPÖ die Stimmen mehrten, die die Zeit für Schadensbegrenzung und Rückkehr zum politischen Alltag gekommen sahen. Auch in der österreichischen Presse häuften sich die kritischen Kommentare: Der Kurier befürchtete eine Welle des Antisemitismus, falls es zum Prozeß kommen sollte; die Wochenpresse, die wie profil und z. T auch Kurier sich bereits früher durch eine Kreisky-kritische Betrachtungsweise ausgezeichnet hatte, beschied Kreiskys Vorgangsweise eine staatschädigende Wirkung, und die Presse stellte bei Kreisky Schwierigkeiten mit seiner österreichischen Identität fest.⁷⁴

Dem von Kreisky so lautstark gewünschten "großen Prozeß" standen aus der Sicht seiner Partei zwei Dinge entgegen: Die Aufhebung der Immunität entsprach seit Mitte der fünfziger Jahre nicht mehr der Praxis des Parlaments. Außerdem war man keineswegs von einem für Kreisky günstigen Urteil überzeugt.⁷⁵ Nicht verborgen blieb, daß zur selben Zeit in der FPÖ die Unterstützung für Peter abzubreckeln begann.⁷⁶ Ob nun der Kanzler von seinen Genossen überredet wurde oder weil ihm selbst Zweifel an der Beweiskraft seines Material gekommen waren, er trat den Rückzug hinter eine sicherere Verteidigungslinie an: Auf dem Landesparteitag der steirischen SPÖ schimpfte er nach wie vor über Wiesenthals Selbstjustiz und Verunglimpfung Österreichs, gegen die man endlich etwas tun müsse, erstmals sprach er dabei aber nicht mehr von einer Mafia, sondern von den "Methoden einer quasipolitischen Mafia".⁷⁷ Konkreter wurde die Möglichkeit eines Rückzugs aus dem Prozeß, als er 25. November einräumte, er "habe kein Bedürfnis mit Herrn Wiesenthal zum Bezirksgericht zu gehen", wenn es "probatere Mittel" gäbe, um dessen "Machinationen" aufzudecken.⁷⁸ Daraufhin signalisierte Wiesenthal seine Bereitschaft, auf den Prozeß, bei dem es "nur noch Verlierer" geben könnte, zu verzichten, "wenn die beleidigenden Vorwürfe Kreiskys in einer für beide Seiten passenden Form zurückgenommen werden".⁷⁹

⁷³ Vgl. Morgenjournal (ORF), 18. 11. 1975; *Presse*, 19. 11. 1975; *Süddeutsche Zeitung*, 19. 11. 1975.

⁷⁴ Zit. n. *Presse*, 19. 11. 1975, S. 1; *Washington Post*, 28. 11. 1975; die israelische Presse berichtete ausführlich über diese Entwicklung: *Al Hamishmar*, 20. 11. 1975; *Haaretz*, 20. 11. 1975; *Israel Nachrichten*, 20. 11. 1975; *Al Hamishmar*, 21. 11. 1975, kritisierte, daß der staatliche Rundfunk - aus Rücksicht auf die bilateralen Beziehungen - das Wort "mies" auf "unangenehm" beschönigt hatte. Zur medienkritischen Analyse siehe Wodak u. a., "Wir sind alle unschuldige Täter", S. 322.

⁷⁵ "Ich glaube nämlich wirklich, daß die Gerichte überfordert sind und daß hier Zufälligkeiten und Imponderabilien im Spiele sind, die eine Gerichtsentscheidung zur Lotterie machen." Zitat SPÖ-Klubobmann Heinz Fischer in: *Abendjournal* (ORF), 21. 11. 1975.

⁷⁶ Vgl. hierzu Kapitel 4.

⁷⁷ Vgl. *Presse*, 24. 11. 1975, S. 2.

⁷⁸ Vgl. *Zeit im Bild 2* (ORF), 25. 11. 1975; auch *Presse*, 26. 11. 1975, S. 2; *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 27. 11. 1975; *Davar*, 26. 11. 1975; *Haaretz*, 26. 11. 1975; *Jediot Aharonot*, 26. 11. 1975.

⁷⁹ *Zeit im Bild 2* (ORF), 25. 11. 1975.

Einen Tag lang schien eine Einigung in Sicht. Kreiskys Pläne gingen jedoch in eine andere Richtung. Er hielt nun einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß für die weitaus zweckmäßigere Lösung, dieser sei "umfassender" als "ein auf einen bestimmten Ausdruck konzentriertes" Gerichtsverfahren.⁸⁰ Dieser Vorschlag erregte die Aufmerksamkeit der Parlamentsfraktionen. Ihre Meinungen über die gegebene Zuständigkeit eines Untersuchungsausschusses gingen auseinander. Für die SP-Fraktion unterstützte Klubobmann Fischer den Vorschlag, denn beim Untersuchungsausschuß gegen Ableitinger sei ans Tageslicht gekommen, daß Wiesenthal Zugang zu Polizei-Unterlagen hatte. Dieser Sachverhalt erhärte den Verdacht der Privatjustiz und wäre ein Thema für einen Untersuchungsausschuß. Die FPÖ schloß sich in der Sache erwartungsgemäß den Sozialisten an.⁸¹ ÖVP-Klubobmann Stefan Koren hingegen sah in diesem Manöver den Versuch, sich vom "gerichtlich Beklagten zum Kläger im Parlament" zu wandeln. Untersuchungsausschüsse seien einzig dazu da, um Vorgänge in der staatlichen Verwaltung, nicht Ehrenbeleidigungen zwischen zwei österreichischen Staatsbürgern zu prüfen.⁸² Generalsekretär Erhard Busek bezeichnete das Unternehmen als "Parteijustiz".⁸³ Sein Obmann Josef Taus sprach sich dafür aus, die Angelegenheit bald aus der Welt zu schaffen, um den durch Kreisky entstandenen Schaden für Österreichs Reputation im Ausland zu begrenzen. Mitschuld trage aber auch Wiesenthal, der durch seine Äußerungen zur Rufschädigung Österreichs beigetragen habe.⁸⁴

Simon Wiesenthal, der sich beklagt hatte, daß er von Israel und von den Juden in seinem Kampf um die Aufklärung von NS-Verbrechen allein gelassen werde ("Bin auch das schlechte Gewissen für die Juden."),⁸⁵ erhielt Unterstützung aus Amerika. Das für Europa zuständige Komitee der "Anti-Defamation League" in New York wandte sich in einem Telegramm an Nationalratspräsident Anton Benya. Für Millionen Menschen sei Simon Wiesenthal "an heroic seeker of justice, (...) a court of law is the only proper forum for airing the charge against Mr. Wiesenthal".⁸⁶

Am 2. Dezember entschied der SPÖ-Klub die Immunität des Kanzlers nicht aufzuheben, und für den Fall, daß Wiesenthal bis zu 11. Dezember seine Klage nicht zurückziehen würde, für den 17. Dezember die Einsetzung des Untersuchungsausschusses mit der hierfür ausreichenden einfachen Parlamentsmehrheit.⁸⁷ Wiesenthal hatte auch am 2. Dezember eine Erklärung veröffentlicht, in der es hieß, er habe bei der Aufklärung von NS-Verbrechen niemals parteipolitische Ziele verfolgt, auch nicht bei der Enthüllung der Kriegsvergangenheit Peters.

⁸⁰ Zeit im Bild 1 (ORF), 27. 11. 1975; vgl. *Haaretz*, 28. 11. 1975; *Maariv*, 28. 11. 1975; *Davar*, 28. 11. 1975; *Israel Nachrichten*, 28. 11. 1975; *Jerusalem Post*, 28. 11. 1975; *International Herald Tribune*, 28. 11. 1975; *Jewish Chronicle, London*, 2. 12. 1975.

⁸¹ Vgl. Zeit im Bild 2 (ORF), 27. 11. 1975; *Süddeutsche Zeitung*, 28. 11. 1975.

⁸² Zeit im Bild 2 (ORF), 27. 11. 1975.

⁸³ *Presse*, 29./30. 11. S. 2.

⁸⁴ Vgl. Zeit im Bild 1 (ORF), 27. 11. 1975; *Presse*, 28. 11. 1975, S. 1 f.

⁸⁵ *Salzburger Nachrichten*, 1. 12. 1975, S. 2.

⁸⁶ Presseerklärung der ADL vom 26. 11. 1975, übermittelt vom Österreichischen Informationsdienst, New York, an Außenministerium, Wien, 3. 12. 1975. Stiftung Bruno Kreisky Archiv, Box Wiesenthal 1153.

⁸⁷ Vgl. *Presse*, 3. 12. 1975, S. 1 f.

Printquelle: in: Gehler, Michael / Sickinger, Hubert (Hg.): Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim. Kulturverlag, Thaur/Wien/München 1996, S. 502-531.

"Ich war maßlos überrascht, als ich erfuhr, daß mir (...) ein Angriff auf den Bundeskanzler zugeschrieben wurde, was ich niemals beabsichtigt habe."⁸⁸ Zu diesem einlenkenden Zeichen befragt, meinte Fischer: "Diese Erklärung ist uns zuwenig. Er muß die Klage zurückziehen."⁸⁹ Der Leiter des Dokumentationszentrums tat dies einen Tag später. Auch einen Tag nachdem der KZ-Aufseher Vinzenz Gogl - "ein alter Kunde von mir"⁹⁰ - von einem Wiener Geschworenengericht freigesprochen worden war.⁹¹

Kreiskys erste Reaktion nach Bekanntwerden dieses Schritts lautete: "Für mich ist die Sache erledigt." In der nachfolgenden offiziellen Erklärung hieß es: "Ich möchte feststellen, daß ich Wiesenthal nicht als Nazikollaborateur bezeichnet habe, wie einige Agenturen vor einiger Zeit fälschlicherweise mir zugeschrieben und verbreitet haben."⁹²

Heinz Fischer erinnert sich an Bemühungen aus den Reihen der SPÖ, die an Bruno Kreisky, mit dem "in dieser Sache (...) nicht gut Kirschen essen" war, vorbei, diesen Kompromiß zustande brachten. In diesem Zusammenhang deutet er an, daß Peter M. Lingens als Kontaktmann zu Wiesenthal eine wichtige Rolle spielte.⁹³ Wiesenthal führt in seinen Memoiren drei Gründe an, die ihn zum Einlenken bewogen: Nicht zuletzt wurde Wiesenthal von seiner Frau, die unter der Sache sehr litt, bestürmt, Waffenstillstand zu schließen. Die Wiener Kultusgemeinde befürchtete, daß eine Fortsetzung der Konflikts dem Antisemitismus in Österreich neue Nahrung geben würde. In Israel wuchs die Sorge um die zwischenstaatlichen Beziehungen und damit um die Durchzugsroute für die aus der Sowjetunion auswandernden Juden.⁹⁴ Möglicherweise wuchs auch das Bewußtsein dafür, wer aller bei der lautstarken Demonstration jüdischer Uneinigkeit der amüsierte Dritte sein könnte. Mit spitzer Feder äußerte sich der israelische Humorist Ephraim Kishon über "das Duo jüdischer Unterhalter 'Kreisky und

⁸⁸ Vgl. hierzu die gegenteilige Darstellung ("(...) ich ahnte auch zu welchen Zornausbrüchen das Bruno Kreisky veranlassen mußte.") in: Wiesenthal, *Recht, nicht Rache*, S. 363.

⁸⁹ *Presse*, 3. 12. 1975, S. 1 f.

⁹⁰ Wiesenthal, *Recht, nicht Rache*, S. 374.

⁹¹ Vgl. *Presse*, 3. 12. 1975, S. 10.

⁹² *Presse*, 4. 12. 1975, S. 1 f; vgl. auch *Salzburger Nachrichten*, 4. 12. 1975, S. 2; *New York Herald Tribune*, 4. 12. 1975; *New York Times*, 4. 12. 1975; *New York Post*, 4. 12. 1975. In dem Freispruch von Gogl sahen viele einen symbolischen Zusammenhang zum Kreisky-Wiesenthal-Streit; inwiefern er mit zur Beendigung der Auseinandersetzung beigetragen hat, ist aus dem gesichteten Material nicht zu beantworten. Freispruch und Entscheidung für den Untersuchungsausschuß fielen parallel. Wenn der Hinweis aus der *Presse* vom 11. 12. (S. 1) richtig ist, daß der störrische Kreisky am 5. 12. nochmals laut daran dachte, den Untersuchungsausschuß durchzusetzen, diesmal von der Mehrheit des SP-Clubs aber eingebremst wurde, so würde das daraufhin deuten, daß nach dem politischen Feingefühl des Kanzlers diese Vorgänge sich nicht gegenseitig ausschlossen. Zeev Barth hingegen zitiert Kreisky ohne nähere Angaben mit der Bemerkung: "Man kann nicht den Gogl freisprechen und gleichzeitig Wiesenthal anklagen!" *Israel Nachrichten*, 16. 12. 1975.

⁹³ Fischer, *Kreisky-Jahre*, S. 147. Zeev Barth nennt als Vermittler den jüdischen Industriellen und Kanzler-Freund Karl Kahane sowie den Präsidenten der Bnei Brith-Logen in Europa, Georges Bloch, der ebenfalls bei Kreisky interveniert haben soll; *Israel Nachrichten*, 16. 12. 1975. Wiesenthal erwähnt den Präsidenten der Bnei Brith in Wien, Ivan Hacker, als Unterhändler; Wiesenthal, *Recht, nicht Rache*, S. 371.

⁹⁴ Wiesenthal, *Recht, nicht Rache*, S. 371; *Israel Nachrichten*, 16. 12. 1975; *profil*, 7. 1. 1976, Nr. 1/2, S. 41.

Wiesenthal' in Begleitung eines großen israelischen Orchesters. (...) Wie hat Kreisky gesagt, ein mieses Volk? Nein, das stimmt nicht. Bloß dumm, ein Volk von erheblicher Dummheit."⁹⁵

Wiesenthal selbst beschreibt noch im Jahr 1992 die Wochen der Konfrontation mit Kreisky als die schlimmste Zeit, die er seit dem Krieg erlebt hatte. "Ich war ein Aussätziger in meiner neuen Heimat, und nur der Gedanke, daß ich schließlich einen Hitler überlebt hatte, hielt mich davon ab, aus Österreich zu emigrieren."⁹⁶ Die überwiegend eindimensionale Einstellung im Lande, in der der Aufdecker Wiesenthal selbst zum Skandal wurde, zeigt die von Richard Mitten durchgeführte Untersuchung der von Presse und Kronzeitung verwendeten Benennungen für die Auseinandersetzung: In beiden Zeitungen war insgesamt nur dreimal von der "Causa Peter" die Rede, hingegen fünfzehnmal erschien Wiesenthal als "Namensgeber" für den Skandal!⁹⁷

Sowohl in Fischers als auch Wiesenthals Darstellung wird die Drohung der SPÖ mit einem parlamentarischen Untersuchungsausschuß für das Ende des Streits nicht erwähnt. Während Fischer sich an diesen Plan, an dem er wesentlich mitwirkte, offenbar nicht mehr erinnern mag, gesteht ihm auch Wiesenthal keine entscheidende Rolle zu. Trotzdem ist es schwer, in diesem Zug Kreiskys, bei dem ihm seine Fraktion loyal zur Seite stand, etwas anderes als eine Erpressung zu sehen, die Wiesenthal wenig Wahl ließ. Es muß ihm klar gewesen sein, daß die Voraussetzungen eines solchen Verfahrens - Nicht-Öffentlichkeit und die absolute Mehrheit der SPÖ im Parlament - alles andere als Chancengleichheit bedeuteten.

Ob Wiesenthal nun sehenden Auges Anfang Oktober in den Konflikt mit Kreisky gegangen war, oder dieser sich als ungeplantes Nebenprodukt der Causa Peter einstellte, in der Auseinandersetzung mit dem mächtigsten Mann im Staate blieb Simon Wiesenthal als Bürgeropfer⁹⁸ auf der Strecke. Kreiskys knappes Statement als sein Part der formellen Streitbeilegung war keine Rehabilitierung. Wie Gerhard Steininger von den Salzburger Nachrichten mit unterschwelliger Häme feststellte: "Es bleibt halt immer etwas hängen."⁹⁹

⁹⁵ *Israel Nachrichten*, 5. 12. 1975, derselbe Artikel in: *Maariv*, 28. 11. 1975.

⁹⁶ Wiesenthal, *Recht, nicht Rache*, S. 366. Die zahlreichen Drohungen, mit denen das Dokumentationszentrum im Zuge des Streits bedacht wurde, führten zur Kündigung der Büroräume am Rudolfsplatz. Hausbesitzer und die anderen, zum Teil jüdischen Mietparteien befürchteten Anschläge. Das Dokumentationszentrum zog daraufhin in die Saltzorgasse, wo es sich auch heute noch befindet. Vgl. *profil*, 7. 1. 1976, Nr. 1/2, S. 35.

⁹⁷ Sechs verschiedene Kombinationen der drei involvierten Personen (P=Peter, K=Kreisky, W=Wiesenthal) fanden zur Bezeichnung der Affäre in beiden Zeitungen Verwendung:

	P	WP	K	WKP	KW	W
NKZ	1	1	1	0	5	9
Presse	2	9	6	1	7	6
gesamt:	3	10	7	1	12	15

Wodak u. a., "Wir sind alle unschuldige Täter", S. 320.

⁹⁸ "Nun, über die Operationen dieses Herrn steht dem Schreiber kein Urteil zu, daß sie ihm immer gefallen haben, kann er nicht behaupten. Aber wie er jetzt 'fertiggemacht' wurde, nun, ob das für die Republik, für das Zusammenleben, für die Überwindung einer mörderischen Vergangenheit gut ist?", fragte Otto Schulmeister in der *Presse*, 4. 12. 1975, S. 1.

⁹⁹ *Salzburger Nachrichten*, 4. 12. 1975, S. 2.

4. "Ich habe lediglich meine Pflicht erfüllt".100 - Die Affäre Peter

Verursacht durch die vehementen und unbeherrschten Kommentare Kreiskys, der sich selbst als der eigentlich Angegriffene fühlte, konzentrierte sich die öffentliche Aufmerksamkeit schon bald nach dem 9. Oktober zunehmend auf den Kanzler. Es ist ein Spezifikum des hier untersuchten Skandals, daß die Person Friedrich Peter, um die sich die Affäre entzündet hatte, im Grunde nur eine Nebenrolle spielte.

"Flucht nach vorne" war Peters anfängliche Taktik, mit der er versuchte, Wiesenthals Beschuldigungen entgegenzutreten. In einer ersten Reaktion noch am Abend des 9. Oktober bestätigte er dem ORF ohne große Ausflüchte seine Mitgliedschaft von Mitte Mai 41 bis September 42 bei der genannten SS-Einheit,¹⁰¹ allerdings habe er "weder innerhalb noch außerhalb dieses Zeitraumes an Erschießungen oder Repressalien teilgenommen".¹⁰² Peter bestritt auch, von den durchgeführten Massenerschießungen etwas gewußt zu haben. Entgegen den anders lautenden Hinweisen aus dem "Dossier Peter", wo es hieß, daß in der fraglichen Zeit der Partisanenkampf für die Wehrmacht noch gar kein Problem darstellte,¹⁰³ beteuerte Peter, seine Brigade sei für ihn eine "ganz normale Einheit" gewesen, die teils an der Front, teils in der Partisanenbekämpfung lediglich "ihre Pflicht getan" habe.¹⁰⁴ Seine Unbescholtenheit könne er anhand der Feldpostkarten, die er seiner Frau von der Ostfront geschrieben habe und Auskünfte über seine Einsatzorte und Fronturlaube beinhalteten, auch beweisen.¹⁰⁵ Über Wiesenthals Vorgehen zeigte er sich wie Kreisky, der formulierte, der Politiker Peter sollte "umgebracht werden",¹⁰⁶ sehr verärgert:

"Diese Privatjustiz- und Polizeimethoden des Herrn Wiesenthal bedarf [sic!] endlich der Anprangerung, weil dies Zustände sind, die mit einem demokratischen Rechtsstaat unvereinbar sind. (...) Wenn, dann soll er zu einem ordentlichen Gericht gehen und so verfahren, wie das in einem demokratischen Rechtsstaat üblich ist."¹⁰⁷

Er kündigte gerichtliche Schritte gegen Wiesenthal an,¹⁰⁸ der am Vortag auf seiner Pressekonferenz selbst ausgesagt hatte, daß das belastende Material für eine juristische Verfolgung nicht ausreiche, allerdings - so schränkte er ein - hoffe er durch die nun gegebene

¹⁰⁰ Vgl. *profil*, 14. 10. 1975, Nr. 42, S. 13.

¹⁰¹ Vgl. *ebd.*, S. 14.

¹⁰² *Ebd.*, S. 12; anschließend diente Peter bis 1945 bei der 2. SS-Panzerdivision "Das Reich", die für das Blutbad von Oradour in Frankreich verantwortlich ist. Zu den Ereignissen von Oradour siehe Arno Gisinger, 'Vel' d' Hiv' und Oradour sur Glane oder: La compétition des mémoires, in: Steiningger, Der Umgang mit dem Holocaust, S. 329-343, dort auch weitere Literaturhinweise.

¹⁰³ Vgl. *ebd.*, S. 14.

¹⁰⁴ *Spiegel*, 13. 10. 1975.

¹⁰⁵ Vgl. *Presse*, 11. 12. 1975, S. 2.

¹⁰⁶ *Abendjournal* (ORF), 10. 10. 1975.

¹⁰⁷ *Zeit im Bild 1* (ORF), 10. 10. 1975.

¹⁰⁸ *Abendjournal* (ORF), 10. 10. 1975.

Publizität der Angelegenheit auf neues Material aus den Archiven, die er "auf der ganzen Welt mobilisiert habe".¹⁰⁹ Die von ihm entdeckte Liste, die neben Peters Namen noch die von 27 anderen Brigademitgliedern enthielt, habe er bereits zur Überprüfung nach Ludwigsburg geschickt.¹¹⁰

Zu diesem Zeitpunkt Anfang Oktober, war Peters Position innerhalb der FPÖ keineswegs unangefochten. Das schlechte Abschneiden bei den Nationalratswahlen stellte eine schwere persönliche Niederlage Peters dar. Alexander Götz, der Grazer FP-Bürgermeister und Bundesobmann-Stellvertreter, aber auch Otto Scrinzi, zweiter stellvertretenden Parteiobmann, beide dem nationalen Flügel in der FPÖ zuzurechnen, machten Peters Strategie, die FPÖ als liberale Gruppierung zu präsentieren und über eine kleine Koalition mit den Sozialisten zur Regierungsverantwortung zu gelangen, für den Wahlausgang verantwortlich. Beide fanden die Verwandtschaft des freiheitlichen Weltbildes mit dem der ÖVP weit größer als mit dem der Sozialdemokraten. Andere Stimmen in der Partei sahen einfach die Zeit gekommen, durch einen Führungswechsel der Partei neuen Auftrieb zu geben.¹¹¹ Die FPÖ beeilte sich aber auf das "Dossier Peter" ihr Vertrauen in den Vorsitzenden zu bekunden. Sowohl Peters erster Stellvertreter Gustav Zeilinger als auch Otto Scrinzi stellten klar, daß sie in den Vorfällen keinen Grund für eine Sondersitzung des Parteivorstandes sehen würden, denn Peters SS-Mitgliedschaft sei ihnen schon seit Jahrzehnten bekannt, lediglich Scrinzi schränkte ein, daß er erst jetzt Einzelheiten über Peters Formation erfahren habe. Und Alexander Götz, der als einziger gefährlicher Konkurrent Peters galt, dementierte, jemals die Einberufung des Vorstandes verlangt zu haben.¹¹² "Aus der bloßen Zugehörigkeit zu einer militärischen Formation" versuche der "haß- und zwietrachtsähende 'Jäger' Wiesenthal" dem Parteiobmann "einen Strick zu drehen".¹¹³ Die Erörterung der Angelegenheit habe bis zur geplanten nächsten Sitzung am 30. Oktober Zeit.¹¹⁴

In Gefolgschaftstreue mit dem Bundeskanzler bescheinigte auch das Justizministerium Peter "eine weiße Weste".¹¹⁵ In der eingangs genannten Aussendung vom 10. Oktober wurde festgestellt, daß die 1965 eingeleiteten gerichtlichen Voruntersuchungen in Graz gegen fünf österreichische Ex-Mitglieder der 1. SS-Brigade, in deren Rahmen 167 österreichische ehemalige Angehörige vernommen worden waren, darunter auch Friedrich Peter, 1971 wegen fehlender Beweise eingestellt werden mußten.¹¹⁶ In einem Interview meinte Peter drei Tage später, mit dieser Stellungnahme, die er so interpretierte, daß es keinerlei Anhaltspunkte für

¹⁰⁹ Vgl. *profil*, 14. 10. 1975, Nr. 42, S. 14.

¹¹⁰ Vgl. *Presse*, 10. 10. 1975, S. 1, *Süddeutsche Zeitung*, 11. 11. 1975.

¹¹¹ Vgl. *Presse*, 10. 10. 1975, S. 3; ebd., 22. 10. 1975, S. 2.

¹¹² Vgl. *Salzburger Nachrichten*, 11. 10. 1975, S. 4; *Neue Zürcher Zeitung*, 11. 11. 1975; Mahnert, Brückenbauer, S. 97.

¹¹³ *Freiheitlicher Gemeindegurier*. Mitteilungen der FPÖ-Bezirksleitung Steyr, 10. 10. 1975, S. 1.

¹¹⁴ Vgl. *Abendjournal* (ORF), 10. 10. 1975.

¹¹⁵ *Presse*, 14. 10. 1975, S. 3.

¹¹⁶ Vgl. hierzu Fußnote 8; *Salzburger Nachrichten*, 11. 10. 1975, S. 4.

einen gegen ihn gerichteten Verdacht gebe, sei für ihn der Fall - abgesehen von einer möglichen Klage gegen Wiesenthal - erledigt.¹¹⁷

Nicht alle sahen es so. Profil widmete sich in der Ausgabe vom 14. Oktober ausführlich den Einsätzen von Peters "Mordbrigade",¹¹⁸ beschrieb den Lebenslauf des freiheitlichen Parteiobmanns bis 1945 und zitierte aus dessen lückenhafter, beschönigender Eigendarstellung.¹¹⁹

Am 16. Oktober beschloß das Präsidium der überparteilichen "Österreichischen Widerstandsbewegung",¹²⁰ Peter "im Interesse des Ansehens Österreichs" zum Ausscheiden aus der Politik aufzufordern. Peter habe sich nie von den Greuelthaten seiner Truppe, zu der er sich freiwillig gemeldet habe, distanziert, er sei mit einer "Lebensführungsschuld" belastet, die es schwer mache, ihn "von den SS-Mördern zu unterscheiden".¹²¹ Der links stehende "Verband österreichischer Widerstandskämpfer und Opfer des Faschismus", kurz "KZ-Verband", kritisierte nicht nur Peter, sondern auch Wiesenthal, dem man der politischen Manipulation bezichtigte.¹²² Kreisky, der wieder die Verteidigung für Peter übernahm, meinte in Richtung "Widerstandsbewegung" - wobei er diese offenbar mit dem "KZ-Verband" verwechselte, daß sie auf einem - dem linken - Auge blind sei. Nur die FPÖ oder die Wählerschaft hätten über Peters Qualifikation als Politiker zu entscheiden.¹²³ Am 21. Oktober forderte der "Klub der slowenischen Studenten" Peter zum Rücktritt auf.¹²⁴ Schließlich meldete sich auch der "Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus", der sich besorgt zeigte, daß es immer noch bisher nicht bekannte Fakten aus der NS-Zeit über Personen gebe, die heute führende politische Positionen besetzten; dies sei ein Affront gegen die Opfer des Faschismus. Unter die Verbrechen der Vergangenheit könne man keinen Schlußstrich ziehen, hieß es in Richtung ihres eigenen Parteiobmannes.¹²⁵

Am 30. Oktober tagte erstmals nach dem Wahldebakel und drei Wochen nach den ersten Berichten über Peters NS-Lebenslauf der Bundesparteivorstand der FPÖ. Daß es in dieser Sitzung zu keiner Führungswechsel-Debatte kam, hing wesentlich mit dem innerparteilichen Solidarisierungseffekt nach Wiesenthals Angriff zusammen; Alexander Götz, Konkurrent und Kritiker Peters, war nicht erschienen. Mangels einer Alternative sah auch die Parteijugend

¹¹⁷ Vgl. *Salzburger Nachrichten*, 14. 10. 1975, S. 2.

¹¹⁸ *Profil*, 14. 10. 1975, Nr. 42, S. 12,

¹¹⁹ Ebd., S. 4, 10-16.

¹²⁰ Zum Vorstand der Vereinigung zählte auch Simon Wiesenthal; vgl. *profil*, 11. 11. 1975, Nr. 46, S. 22.

¹²¹ *Salzburger Nachrichten*, 16. 10. 1975, S. 2; auch *Presse*, 16. 10. 1975, S. 2. Die Freiheitlichen revanchierten sich, indem sie im Wiener Gemeinderat die Streichung der Subventionen für die Vereinigung beantragten. Vgl. *profil*, 11. 11. 1975, Nr. 46, S. 22.

¹²² Vgl. *Presse*, 16. 10. 1975, S. 2.

¹²³ Vgl. *Zeit im Bild 1* (ORF), 21. 10. 1975; *Süddeutsche Zeitung*, 15./16. 11. 1975.

¹²⁴ Vgl. *Salzburger Nachrichten*, 22. 10. 1975, S. 2.

¹²⁵ Vgl. *Salzburger Nachrichten*, 27. 10. 1975, S. 2; *profil*, 11. 11. 1975, Nr. 46, S. 22.

keinen Grund für eine Führungsdiskussion,¹²⁶ obwohl sie Peters Verhalten im "Fall Wiesenthal" zu zögerlich fand. Nach stundenlanger Beratung entschloß sich Peter, den Wunsch des Parteienwachstums zu erfüllen und den Leiter des Dokumentationszentrums wegen dessen Formulierung, die bekannten Unterlagen reichten "noch nicht" für eine juristische Wertung aus, zu klagen. Aus diesen Äußerungen gehe hervor, daß ihm Wiesenthal Kriegsverbrechen zutraue. Zudem kündigte er Anzeigen gegen die Zeitungen Kurier, profil, Spiegel und das KP-Organ Volksstimme an. In einer Schlußerklärung sprach der Vorstand Peter sein vollstes Vertrauen aus.¹²⁷

Es waren vor allem die im Kriegstagebuch der 1. SS-Infanteriebrigade bürokratisch-detailliert aufgelisteten Greuelthaten, die am meisten Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit erregten. Kurz vor dem Vorstandstreffen in Wien schrieb das FP-Organ Neue Freie Zeitung, daß es sich bei dieser Quelle um eine Fälschung aus der Werkstatt der kommunistischen Geheimdienste handle.¹²⁸ Als Beleg wurde das Buch "Geheimwaffe D" von Ladislav Bittman zitiert. Wie profil bald richtigstellte, hatte der Autor, ein ehemaliger hochrangiger tschechischer Spion, aber nie die Echtheit des Tagebuches, das aus sowjetischen Archiven stammte, bezweifelt. Er schilderte in seinem Buch nur, wie es, um damit laufende Verjährungsdebatten von Kriegsverbrechen in der Bundesrepublik und Österreich zu beeinflussen, auf dunklen Wegen dem Westen zugespielt worden war. Gegen die Behauptung der FPÖ sprach auch, daß der 1967 in Österreich gerichtlich vernommene Schriftführer des Tagebuches, die Echtheit nie bestritten hatte.¹²⁹

Der nächste Vorstoß, der Peters Rehabilitierung dienen sollte, kam wie schon einmal vom Justizministerium. Es ließ mitteilen, eine Anfrage bei den deutschen Justizbehörden habe ergeben, daß alle gegen Ex-Mitglieder der 1. SS-Infanteriebrigade geführten Verfahren eingestellt worden seien. Auch die Erkundigungen über die Personen auf der von Wiesenthal nach Ludwigsburg geschickten Liste habe kein neues Beweismaterial gebracht. Die Presse titelte daraufhin mit "Kein Beweis gegen Peter"¹³⁰, in den Salzburger Nachrichten hieß es: "Wiesenthal contra Peter ad acta".¹³¹ Das Justizministerium sprach später von einem Übermittlungsfehler, denn tatsächlich stimmte nur der zweite Teil der Meldung über das negative Ergebnis der Anfrage Wiesenthals. Der Leiter der "Zentralen Stelle" in Ludwigsburg, Adalbert Rückerl, kommentierte und korrigierte die Presse-Aussendung schriftlich: In einem Verfahren im Jahr 1974 war ein Angehöriger der 7. Kompanie des 10. SS-Infanterieregiments (auch Peter gehörte zum 10. Regiment) wegen Beihilfe zum Mord an achtzig Männern, Frauen und Kindern zu einer mehrjährigen Freiheitsstrafe verurteilt worden. Er betonte, daß die Einstellung der Mehrzahl der Verfahren keineswegs bedeute, daß die 1. SS-Infanteriebrigade nicht in Kriegsverbrechen verwickelt war. Außerdem bestehe kein Anlaß an der Echtheit des

¹²⁶ Aus der Sicht des jungen Vorstandsmitgliedes Jörg Haider, gäbe "leider keinen FPÖ-Spitzenfunktionär (...), der mehr liberale Politik forciert als Peter." *Profil*, 4. 11. 1975, Nr. 45, S. 12.

¹²⁷ Vgl. ebd., S. 11 f; *Presse*, 31. 10. 1975, S. 2; *Salzburger Nachrichten*, 31. 10. 1975, S. 4; Wiesenthal, *Recht, nicht Rache*, S. 368.

¹²⁸ Vgl. *Salzburger Nachrichten*, 30. 10. 1975, S. 2.

¹²⁹ Vgl. *profil*, 4. 11. 1975, Nr. 45, S. 4; ebd., Nr. 48, 25. 11. 1975, S. 14; *Salzburger Nachrichten*, 14. 11. 1975; *Neue Zürcher Zeitung*, 26. 11. 1975.

¹³⁰ *Presse*, 6. 11. 1975, S. 2.

¹³¹ *Salzburger Nachrichten*, 6. 11. 1975, S. 2.

Kriegstagebuches zu zweifeln, zumal andere Quellen im Tagebuch verzeichnete Sachverhalte bestätigen würden.¹³²

Im Gegenzug zur Entlastungsoffensive der österreichischen Justizbehörden und den immer neuen Attacken Kreiskys gegen Wiesenthal brachte die IKG am 11. November eine - symbolisch zu wertende - Klage gegen das einstige Mitglied der 1. Brigade Peter bei der Wiener Staatsanwaltschaft ein.¹³³

Bis dorthin hatte Friedrich Peters Rezept gewirkt, den Konflikt mit Wiesenthal zur Verteidigung seiner Führungsposition nach der Wahlniederlage zu nützen. Am 25. November erschien ein Interview mit Otto Scrinzi, in dem dieser seine persönliche Meinung zu Peters Vergangenheit darlegte. Unter anderem sagte der Kärntner FP-Politiker, daß er sich nicht so ins Rampenlicht gestellt hätte wie Peter, wenn ihn das Schicksal in eine solche Einheit verschlagen hätte. Zu dem in Deutschland ergangenen Gerichtsurteil gegen einen Angehörigen des 10. Regiments wegen Beihilfe zum Mord meinte Scrinzi, wenn es erwiesen werde, daß es sich dabei nicht um die Übergriffe einer Einzelperson gehandelt habe, sondern im Rahmen des Gesamtauftrages dieser Truppe gelegen sei, hoffe er auf einen Rücktritt Peters.¹³⁴ Besonders von diesem Teil der Erklärungen distanzierte sich die empörte Parteiführung umgehend. Sie würde eine Bejahung der Kollektivschuld für Waffenträger im Zweiten Weltkrieg beinhalten und damit im Widerspruch zu der von der Partei seit jeher vertretenen Rechtsauffassung stehen.¹³⁵

Vor dem Hintergrund der Kontroverse innerhalb der FPÖ und wohl auch wegen der neuen Hinweise aus Ludwigsburg äußerte sich der darüber befragte Bundeskanzler vorsichtig. Er verwandte sich wie bisher für das "Recht" des jungen Peter "auf politischen Irrtum", wiederholte einerseits seine Überzeugung von dessen gewandelter Gesinnung, sagte aber andererseits, "daß er Peter nie in einer Regierungsfunktion" und "die Kleine Koalition nie als Ultimatio" gesehen hätte.¹³⁶

FPÖ-intern wurde Scrinzis Alleingang als Teil einer andauernden und prinzipiellen Auseinandersetzung zwischen Peter und dem Kärntner Politiker betrachtet, der in dieser Sache mit dem Obmann abrechnen wollte.¹³⁷ Die Kärntner Freiheitlichen forderten den Partei-Ausschluß ihres eigenen Abgeordneten. Schließlich einigte man sich in einer Sitzung der Bundesparteileitung vier Tage nach dem Interview auf einen Kompromiß: Der Kärntner Antrag wurde niedergestimmt, dafür mußte Scrinzi öffentlich seine Aussage zurücknehmen und alle Parteiämter auf Landes- und Bundesebene niederlegen. Die Parteileitung stellte sich in der an diese Sitzung anschließenden Pressekonferenz demonstrativ hinter Peter und beharrte darauf,

¹³² Vgl. *profil*, 11. 11. 1975, Nr. 46, S. 14; ebd., 18. 11. 1975, Nr. 47, S. 17; ebd., 25. 11. 1975, Nr. 48, S. 14 f.

¹³³ Vgl. ebd., 11. 11. 1975, Nr. 46, S. 14; Etzersdorfer, James Bond, S. 60.

¹³⁴ *Profil*, 25. 11. 75, Nr. 48, S. 12, S. 14 f; vgl. auch *Neue Zürcher Zeitung*, 26. 11. 1975; *Süddeutsche Zeitung*, 26. 11. 1975.

¹³⁵ *Zeit im Bild 2* (ORF), 25. 11. 1975; *Presse*, 26. 11. 1975, S. 1.

¹³⁶ *Mittagsjournal* (ORF), 25. 11. 1975; *Zeit im Bild 1* (ORF) 27. 11. 1975.

¹³⁷ Vgl. *profil*, 2. 12.75, Nr. 49, S. 16 ff.

daß es sich beim Kriegstagebuch um eine Fälschung handle.¹³⁸ Friedrich Peter hatte damit über seine innerparteilichen Kritiker erneut einen Sieg errungen.¹³⁹ Lange konnte er sich aber nicht daran freuen. Profil präsentierte neues Dokumentenmaterial aus deutschen Kriegsarchiven und Zeugenaussagen, die die 5. Kompanie - das war Peters unmittelbare, ca. 120 Mann zählende Einheit - schwer belastete und an der Plausibilität von Peters Erklärung, er habe den Charakter seines Verbandes nicht gekannt, rüttelte. Herausragend unter den aufgezählten "Sondereinsätzen" war die Vernichtung des Dorfes Leltschitky an der Linie Owrutsch-Slatetschno im September 1941, für die der 5. Kompanie die Hauptverantwortung zukam. Bei dieser Aktion waren 1.089 Jüdinnen und Juden erschossen worden. Profil hatte dazu recherchiert, daß zu dieser Zeit keine Bewilligungen für Fronturlaube erteilt wurden.¹⁴⁰ Friedrich Peter, mit den neuen Fakten konfrontiert, sprach von einer gegen ihn und seine Partei gerichteten Kampagne, deren Ziel mit seiner Amtsniederlegung erreicht wäre. Er bekräftigte, daß er nie an Erschießungen teilgenommen habe.¹⁴¹ Parteioffiziell hieß es am 11. Dezember, daß "gewisse politische Kreise in einer in der Geschichte der Zweiten Republik einzig dastehenden Art und Weise zum Angriff gegen die Freiheitliche Partei Österreichs angetreten seien". Die neue Beweislast konnte die FPÖ nicht mehr von ihrem auf Peter beharrenden Kurs abbringen. Der abschreckende Effekt der harten Bestrafung Scrinzis, der befürchtete Imageverlust der Partei bei einem auf äußeren Druck vollzogenen Rücktritt ihres Obmanns und die Tatsache, daß ein solcher Schritt inzwischen nur noch einem persönlichen Schuldbekentnis gleichgekommen wäre, veranlaßte auch jene vom nationalen Flügel und aus der Parteijugend, die Peters Geschichte und Verhalten zunehmend problematisch fanden, sich der Parteidisziplin zu fügen.¹⁴²

Gegen die Meinung der Pressestimmen im Dezember 1975, daß Peters Tage als Obmann ohnehin gezählt waren, vollzog die FPÖ den Wechsel an der Spitze erst drei Jahre später.¹⁴³ Die Affäre rund um seine Kriegsvorgangeneit hatte Peter keinen ernstlichen Schaden zugefügt, - trotz seines auffallend defensiven Verhaltens, seines gescheiterten Versuchs, das Kriegstagebuch als Fälschung abzuqualifizieren, trotz des nicht eingelösten Versprechens, als Entlastung seine Feldpostbriefe vorzulegen, und der nach und nach aufgedeckten Hintergründe seines Einsatzes im Osten, die dem Bild vom "tapferen Frontsoldaten" die Glaubwürdigkeit raubten. Und eine persönliche Verwicklung in "Säuberungsaktionen und Judeneinsätze" seiner Truppe konnte ihm nie nachgewiesen werden. Während die Oberstaatsanwaltschaft Wien nach Prüfung der vorhandenen österreichischen und deutschen Dokumente im Juli 1976 die von der Kultusgemeinde eingebrachte Klage zurückwies,¹⁴⁴ erfolgte im Prozeß Peter gegen Wiesenthal kein Urteilspruch:

¹³⁸ Vgl. Mahnert, Brückenbauer, S. 97; Zeit im Bild 1 (ORF), 27. 11. 1975, Presse, 28. 11. 1975, S. 1 f.; ebd., 1. 12. 1975, S. 2; profil, 2. 12. 1975, Nr. 49, S. 16.

¹³⁹ Vgl. Presse, 2. 12. 1975, S. 3; Maariv, 30. 11. 1975; Jerusalem Post, 30. 11. 1975.

¹⁴⁰ Vgl. Profil, 10. 12. 75, Nr. 50, S. 14 ff.

¹⁴¹ Vgl. Salzburger Nachrichten, 10. 12. 1975, S. 2.

¹⁴² Vgl. profil, 16. 12. 1975, Nr. 51, S. 15 f; Presse, 12. 12. 1975, S. 1.

¹⁴³ Frischenschlager, S. 379; Mahnert, Brückenbauer, S. 97 f; auch Gutkas, S. 215 f.

¹⁴⁴ Vgl. Etzersdorfer, James Bond, S. 60.

"Als die Zahl der von der Peter-Brigade Ermordeten, laut Aktenlage, dreihundertsechzigtausend erreicht hatte, wurde die Verhandlung vertagt. Wir lieferten von Zeit zu Zeit weitere Dokumente nach und warteten im übrigen auf den nächsten Termin. Insgesamt ungefähr sieben Jahre - bis eines Tages der Anwalt von Friedrich Peter meinem Anwalt schrieb, daß Herr Peter die Klage gegen mich zurückziehen möchte, er habe kein Interesse daran, den Prozeß fortzusetzen."¹⁴⁵ Ein politisches Nachspiel in der "Affäre Peter" brachte das Jahr 1983, als nach den Nationalratswahlen zum ersten Mal in der Geschichte der Zweiten Republik eine kleine Koalition zwischen SPÖ und FPÖ gebildet wurde. Für ihren Wegbereiter Friedrich Peter hatten die Freiheitlichen bei den Koalitionsabsprachen den ehrenvollen Posten des Dritten Nationalratspräsidenten gefordert.¹⁴⁶ Unter Berufung auf den seit 1975 besser bekannten Rußland-Einsatz Peters formierte sich der Widerstand nicht nur bei den Sozialisten: In von tausenden prominenten Unterzeichnern aus Wissenschaft, Politik und Gesellschaft selbst finanzierten Zeitungsannoncen drückten diese ihre Überzeugung aus,

"daß die Wahl von Friedrich Peter zum 3. Präsidenten des Nationalrates oder seine Aufnahme in die Bundesregierung mit dem Ansehen Österreichs unvereinbar ist. Sie widerspricht den Werten, die der parlamentarischen Republik zugrundeliegen."

Seine Zugehörigkeit zu einer Einheit, die Massenmorde an wehrlosen Zivilpersonen verübt habe, müsse ausreichen, "ihm die höchsten Ämter im Staate zu verschließen".¹⁴⁷ Obwohl sich der eigentliche Vater der "zweitbesten Form des Regierens"¹⁴⁸, Bruno Kreisky, für ihn einsetzte, verzichtete Peter schließlich freiwillig.¹⁴⁹

Zu einem späten juristischen Sieg für *profil*, das in der Konfrontation Kreisky-Wiesenthal auf der Verlierer-Seite gekämpft hatte, geriet der Prozeß Kreisky gegen Peter M. Lingens wegen Ehrenbeleidigung. Die Klage drehte sich um die vom *profil*-Herausgeber auf Kreisky gemünzten Ausdrücke "unmoralisch", "würdelos", "übelster Opportunismus" und "Ungeheuerlichkeit". Während sich Lingens bezüglich der ersten beiden Begriffe für schuldig bekannte, trat er für die letzteren den Wahrheitsbeweis an. In erster und zweiter Instanz wurde er von den österreichischen Gerichten wegen übler Nachrede für schuldig befunden. Daraufhin wandte sich Lingens an den Europäischen Gerichtshof in Straßburg, der zehn Jahre später das Urteil mit der Begründung, daß es gegen das Recht auf freie Meinungsäußerung verstoße, aufhob.¹⁵⁰

5. "Jüdischer Komplex", Opportunismus oder Weitsicht?

1983 bezeichnete Peter M. Lingens den scheidenden Kreisky, mit dem sicher die schillerndste Figur unter den österreichischen Politikern der Zweiten Republik von der politischen Bühne

¹⁴⁵ Wiesenthal, *Recht, nicht Rache*, S. 368.

¹⁴⁶ Vgl. *profil*, 9. 5. 1983, Nr. 19, S. 20 ff.

¹⁴⁷ Siehe z. B. die Anzeige in: ebd., 16. 5. 1983, Nr. 20, S. 47 ff.

¹⁴⁸ Pelinka, *Koalition*, S. 25.

¹⁴⁹ *Profil*, 16. 5. 1983, Nr. 20, S. 12.

¹⁵⁰ Vgl. Wiesenthal, *Recht, nicht Rache*, S. 372; *Presse*, 5. 12. 1975, S. 2; *profil*, 2. 12. 1975, Nr. 49, S. 4; ebd., 10. 12. 75; Nr. 50, S. 4.

abtrat, als einen Bundeskanzler mit einer Reihe von Stärken und Schwächen, "von denen ich eine - die Nazizeit betreffend - für erheblich halte".¹⁵¹ Als Lingens dies niederschrieb, dachte er bestimmt ganz besonders an Kreiskys Verhalten in der Affäre des Jahres 1975. Was waren die Gründe, Überzeugungen oder "Schwächen", die Kreisky bewogen haben, sich derart für Friedrich Peter ins Zeug zu legen bzw. in einer Art von persönlichem Kreuzzug gegen Simon Wiesenthal ins Feld zu ziehen? Hatte dieser Skandal - trotz seiner starken Personalisierung - über das aktuelle Geschehen hinausreichende Konsequenzen?

Erklärungen lassen sich sowohl in den Gegebenheiten der österreichischen Innenpolitik und im politischen Kalkül des Bundeskanzlers finden als auch in der Biographie Bruno Kreiskys und in seinem persönlichen Temperament. Zieht man den realpolitischen Hintergrund in Betracht, so stellt Kreiskys "nachsichtiger" Kurs gegenüber dem rechten Lager die Fortführung einer von den Sozialisten in den frühen Jahren der Zweiten Republik eingeführten Praxis dar. Es ging dabei in erster Linie um die Stimmen der "Ehemaligen". In einem politischen System mit zwei starken, fast gleich großen Blöcken im Parlament stellten diese ein entscheidendes Potential dar. Die SPÖ, eine Partei mit einer eindeutig antifaschistischen Geschichte, konnte diese Karte etwas offener spielen als die Volkspartei. Wenn dies für seine Partei galt, dann galt das für Kreisky, durch seine Abkunft aus einer jüdischen Familie, deren Mitglieder zum Teil im Holocaust umgekommen waren oder wie er selbst aus dem Dritten Reich emigrieren mußten, über jeden Verdacht erhaben, erst recht: Kreisky "hält (...) es wie einstens Wiens Bürgermeister Lueger mit den Juden: wer Nazi ist, bestimmt er."¹⁵²

Die FPÖ spielte in den nüchternen machtpolitischen Überlegungen Kreiskys als "Zünglein an der Waage" eine wichtige Rolle. Seit dem Ausscheiden der Kommunisten aus dem Nationalrat im Jahr 1959 stellte die Integration der FPÖ die einzige Alternative zur Großen Koalition dar. Das Hindernis bildeten die Wurzeln der FPÖ im VdU, der seit der Gründung als Nazi-Sammelbecken galt. Die Voraussetzung für die Salonfähigkeit der FPÖ als Regierungspartner war die Loslösung von diesen ideologischen Kontinuitäten. Zu Friedrich Peter, der - nicht zuletzt durch die hierfür geerntete sozialistische Anerkennung - in der Transformation hin zu einer liberalen Partei die Zukunft der FPÖ sah, schuf Kreisky jene Vertrauensbasis, die die Grundlage für die Umsetzbarkeit einer Kleinen Koalition bilden sollte.¹⁵³ Neben der pragmatischen Präferenz für die Kleine Koalition widerspiegelte Kreiskys Unterstützung der FPÖ die seit den Anfängen der Zweiten Republik praktizierte sozialistische Taktik von der Spaltung des bürgerlichen Lagers,¹⁵⁴ die Früchte dieser - auf lange Sicht erfolgreichen - Taktik hatte Kreisky spätestens 1971 selbst ernten können.

¹⁵¹ Profil, 2. 5. 1983, Nr. 18, S. 24.

¹⁵² *Weltwoche*, 15. 10. 1975; vgl. Robert S. Wistrich, The Kreisky Phenomenon: A Reassessment, in: ders. (Hrsg.), *Austrians and Jews in the Twentieth Century. From Franz Joseph to Waldheim*, New York 1992, S. 241.

¹⁵³ Vgl. Pelinka, *Koalition*, S. 9-21; Viktor Reimann, Fünf ungewöhnliche Gespräche. Jörg Haider, Emil Jannings, Bruno Kreisky, Karl Roman Scholz, Heinrich von Srbik, Wien 1991, S. 30 ff. Eine andere Frage, die während seiner Regierungszeit nicht mehr zum Tragen kam, ist es, ob Kreiskys Überzeugung, daß er durch die stärkere Einbindung in das politische Leben die FPÖ in einen Prozeß der ideologischen Entradikalisierung führen konnte, von allzu großem Optimismus geleitet war, oder ob sie - unter der Oberfläche - das blieb, was sie immer war; vgl. Secher, *Kreisky and the Jews*, S. 18.

¹⁵⁴ Vgl. Thomas Albrich, Die Linken für die Rechten: Labour Party, SPÖ und die "Vierte" Partei 1948/49, in: *Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte* XIX (1990), S. 383-410.

In diesem Rahmen erklärt sich - neben den disziplinierend wirkenden Macht- und Abhängigkeitsverhältnissen - auch das Schweigen bzw. die Billigung der Partei gegenüber dem vom Obmann in der Affäre eingeschlagenen Kurs. Erst Wochen nach deren Beendigung kam es im Parteiorgan Die Zukunft zu einer Diskussion darüber, ob bzw. wie die Affäre mit den ideologischen Grundsätzen der Partei in Einklang zu bringen sei. Der Obmann der Vereinigung sozialistischer Schriftsteller und Journalisten und ehemalige Chefredakteur der AZ, Paul Blau, übte am prononciertesten Kritik. Er fragte:

"Wer ist in der falschen Partei? Einer, der sein menschliches und sozialistisches Gewissen sprechen läßt, oder einer, der dem Parteiapparat blind gehorcht, selbst wenn ihm dessen Kapriolen jeder tieferen Logik zu entbehren scheinen? Einer der den opportunistischen Kompromiß mit der faschistischen Vergangenheit auch dann nicht als edle Toleranz gelten läßt, wenn er Wahlerfolge bringt, oder einer, der großzügig vergißt und verzeiht, was andere erlitten haben?"¹⁵⁵

Für den anderen Teil der Partei antwortete Justizminister Christian Broda, für den die SPÖ weder im aktuellen Fall noch sonst durch Versäumnisse schuldig geworden war. Er blieb bei der 1945 geborenen, bequemeren "Stunde Null"-Doktrin: "Die Republik Österreich hat in den drei Jahrzehnten seit ihrem Wiedererstehen Außerordentliches bei der Bewältigung der Vergangenheit, für die sie keine Verantwortung trägt, geleistet."¹⁵⁶

Seinen eigenen "Kanzler-Konformismus" und den vieler Genossen brachte Günther Nenning in dem ebenfalls im nachhinein erschienenen Kommentar für das linke Neue Forum auf den Punkt: "Ein sozialistischer Landesvater mit Schönheitsfehlern ist wichtiger als die Reinheit der Lehre, die weil hoffnungslos minoritär, im Schmollwinkel der Ohnmacht bleiben muß."¹⁵⁷

Das Verhalten des Kanzlers enthielt aber zusätzlich eine individuelle ideologische Bewertung, die auf seine negativen - sein politisches Weltbild prägenden - Schlüsselerlebnisse in der Zeit des Christlichen Ständestaates zurückging. Für den Sozialisten Kreisky bestand zwischen der austrofaschistischen und der nationalsozialistischen Diktatur kein qualitativer Unterschied, wobei er die erste als Wegbereiterin der zweiten ansah.¹⁵⁸ Die Politik des Ständestaates war es gewesen, die in Kreiskys Urteil die Massen dem Nationalsozialismus in die Arme getrieben hatte. Die Christlichsozialen waren die Totengräber der Demokratie, der Ständestaat ihr Werk. Kreisky zog eine direkte Linie zur ÖVP, die somit in neuem Gewand den alten Erzfeind der Sozialdemokratie repräsentierte. Wie Anton Pelinka anmerkt, war die Kombination SPÖ-FPÖ für Kreisky "das Instrument, den 'eentlichen', den primären Gegner, eben die

¹⁵⁵ Paul Blau, In der falschen Partei? Die SPÖ und der Faschismus, in: *Die Zukunft. Sozialistische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur* (Anfang Februar 1976), Heft 3, S. 27-29.

¹⁵⁶ Christian Broda, Die SPÖ, die Vergangenheit, die Gegenwart und die Zukunft. Eine Antwort an Paul Blau, in: ebd. S. 31-34; außerdem meldeten sich zu Wort Reinhold Knoll, Fritz Klenner, Gewerkschaftsfunktionär und Aufsichtsratsvorsitzender der BAWAG, Anton Pelinka, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Innsbruck, Ernst Unger, der Obmann der Stadtorganisation der SPÖ Korneuburg, der JG- und VSSTÖ-Funktionär Siegfried Mattl, der Wiener Bezirksparteiaktionär Peter Wasservogel und der Wiener Universitätslehrer Albert Massiczek.

¹⁵⁷ Günther Nenning, Siegfried Kreisky, in: *Neues Forum* (Jänner/Februar 1976), S. 60; vgl. hierzu auch die Leserbriefe von Anton Pelinka sowie die Antworten von Nenning abgedruckt ebd. (April 1976), S. 1 f.

¹⁵⁸ "Für die österreichische Arbeiterschaft war der Tag, an dem sie vernichtet und ihr Wiedererstehen in die ferne Zukunft verlegt wurde, ein so schwerer Schlag, daß sie diesen 12. Februar als *die* Konfrontation erachtete, mehr als vier Jahre später den Einmarsch Hitlers." Kreisky, *Zwischen den Zeiten*, S. 203.

Christlichsozialen und die ÖVP, von der Macht ferne zu halten".¹⁵⁹ Mit den illegalen Nationalsozialisten verbanden den ebenfalls in die Illegalität gedrängten Jungsozialisten Kreisky gemeinsame Gefängnisaufenthalte, während denen er - ausgehend von seinen sozialistischen Überzeugungen - eine verständnisvolle Einstellung zu den Nazis entwickelte. Er konstruierte einen Faschismus praktisch ohne Freiwillige; die meisten sah er als Irregeleitete oder Opfer der Verhältnisse. Diskriminierung war für ihn der falsche Weg, es ging darum, deren politisches Potential in die richtige Richtung zu lenken.

"Wenn es wahr ist, (...) daß das gesellschaftliche Sein das Bewußtsein bestimmt, dann ändert sich das nicht von einem auf den anderen Tag. Wer will denn ein paar hunderttausend kleinen Leuten vorwerfen, daß sie Nazis geworden sind? Sie sollten doch - das Wort Jacob Burckhardts abgewandelt - die Chance haben, klüger zu werden für ein andermal. Und eine Partei, die Menschen gewinnen und überzeugen will, kann doch gar nicht anders, nach all dem, was uns wiederfahren ist, als konsequenterweise davon ausgehen, daß die Menschen nicht die Alleinschuld für das tragen, was sie unter bestimmten Umständen geformt und politisch beeinflusst hat. (...) Aber damals - wer kann sich zum Richter machen über die Menschen dieser Zeit? Doch nur der, der die Verhältnisse selbst gesehen hat, der die Verzweiflung der Menschen mitempfunden hat und ihre brennende Sehnsucht nach Arbeit."¹⁶⁰

In diesem Gesamtkonzept war Friedrich Peter Kreiskys Mann, er protegierte und verteidigte ihn. Simon Wiesenthal übernahm den Part des Störenfrieds. Für Kreiskys politische Absichten war dieser im Namen der jüdischen Holocaust-Opfer auftretende berühmte "Nazijäger", der sich ähnlich Kreisky sehr geschickt der Medien bedienen konnte, unbequem. Stand Kreisky für die Versöhnung mit der Vergangenheit, forderte Wiesenthal Erinnerung und Sühne. In der Kreisky-Peter-Wiesenthal-Affäre spielten populistische Erwägungen, Rücksichten auf die Kriegsgeneration, jedenfalls eine zentrale Rolle. Daß der Kanzler mit seinen Attacken auf Wiesenthal die Mehrheit seines Volkes hinter sich hatte, bestätigte eine vom ÖVP-nahen Fessel-Institut Anfang 1976 durchgeführte Meinungsumfrage. 59 Prozent der Befragten antworteten auf den Satz "Leute wie Wiesenthal haben in Österreich nichts verloren" mit Zustimmung. Andererseits geht aus derselben Umfrage hervor, daß 49 Prozent der Befragten der Meinung waren, "Kreiskys Bemerkungen im Zusammenhang mit Wiesenthal und den Juden schaden Österreichs Ansehen im Ausland".¹⁶¹ Die österreichische Öffentlichkeit hatte verfolgt, wie Kreisky sich in seinen Streit mit Wiesenthal verbiß. Daß die Stimmung nicht Wiesenthal-freundlich war, schloß ein wachsendes Unverständnis gegenüber Kreiskys Rundumschlägen in Richtung Judentum und Israel nicht aus, denn es blieb nicht verborgen, daß diese Äußerungen in der ausländischen Presse weit mehr Aufsehen erregten als die "Causa Peter".¹⁶²

Zunehmend wurde in der Berichterstattung neben den unter dem Stichwort "politischer Opportunismus" zusammengefaßten Aspekten als zentrales Wirkungsmoment der

¹⁵⁹ Pelinka, Koalition, S. 19; vgl. auch: Wistrich, The Kreisky Phenomenon, S. 236; John Bunzl, Der lange Arm der Erinnerung. Jüdisches Bewußtsein heute, Wien - Köln - Graz 1987, S. 110 f.

¹⁶⁰ Kreisky, Zwischen den Zeiten, S. 265 f; auch Secher, Kreisky and the Jews, S. 11 ff.

¹⁶¹ Meinungsforschung zur Konfrontation Kreisky-Wiesenthal, GF/EA/76-01-20. Archiv des Karl von Vogelsang-Instituts/Politische Akademie, BPL 961 "Kreisky-Taus" und "Fall Wiesenthal".

¹⁶² *Münchener Merkur*, 18. 11. 1975;

Auseinandersetzung bei Kreisky "ein Problem der Mittelschulzeit"¹⁶³ geortet. Robert S. Wistrich begründet diesen psychologischen Mechanismus aus zionistischer Sicht mit dem zum Scheitern verurteilten Versuch der Diasporajuden mit Überkompensation ihre Assimilation zu sichern: "In his anxiety to prove himself more Austrian than the Austrians, to prove his total separation from everything Jewish, Kreisky tended to undermine his own case."¹⁶⁴ Herbert P. Secher dagegen kommt in seiner Einschätzung Kreiskys zum Schluß, daß Machtinteressen, gepaart mit mangelndem Feingefühl für den Umstand, daß er damit die jüdische Welt vor den Kopf stieß, sein Verhalten entschieden.

"This lack of sensitivity was more likely the reason for his violent reaction to Wiesenthal, or to the accusations levelled against him by Israeli diplomats and politicians, rather than assertions of his 'self-hatred', 'Jewish anti-Semitism', and hostility toward his parents (...)." ¹⁶⁵

Ob es nun der vielzitierte Gegensatz zwischen zwei antagonistischen jüdischen Lebenswelten - hier der assimilierte, areligiöse Westjude, dort der in der Gedankenwelt des Ostjudentums verwurzelte Wiesenthal - war, der die Akteure beherrschte, bleibe dahingestellt. Eindeutig jedoch ist, daß es beiden an Akzeptanz und Respekt für das Lebenswerk des jeweils anderen fehlte. Über Kreiskys Unversöhnlichkeit in bezug auf Wiesenthal legen die genannten Aussprüche und Vorkommnisse ein beredtes Zeugnis ab. Noch als fast 80jähriger Privatmann antwortete Kreisky, darüber befragt, was ihn an Wiesenthal störe, schroff: "Er ist intolerant."¹⁶⁶ Kreisky formulierte seine regelrechte Aversion gegen Wiesenthal emotionaler und aggressiver; aufgrund der Tatsache, daß es sich um die Meinung des Kanzlers handelte, war sie wesentlich wirkungsvoller und bedrohlicher - aber auch "skandalisierbarer". Umgekehrt muß festgehalten werden, daß Wiesenthal das Verständnis für Kreiskys, der vor allem als Österreicher und Sozialist fühlte und handelte, ebenso abging: "Er hat sich von der jüdischen Schicksalsgemeinschaft losgesagt. Und wer das tut, ist in meinen Augen ein Deserteur."¹⁶⁷

Die den Kontrahenten gemeinsame jüdische Herkunft verlieh der ganzen Affäre eine gewisse Pikanterie. Durch dieses Detail ließ sie sich auf einen via Medien ausgetragenen "Bruderkrieg" reduzieren und bot damit eine Erklärung der Vorgänge, die die schwierige Diskussion über die historische Verantwortung für den Holocaust, welche - wenn es nach Simon Wiesenthal gegangen wäre - mit der "Causa Peter" auslöset werden sollte, obsolet erscheinen ließ. Es paßt ins Bild, daß die im November 1975 in Israel weilenden sozialistischen Delegationsteilnehmer,

¹⁶³ Wolfgang Oberleitner über Kreisky, in: *Presse*, 27. 11. 1975, S. 1; für die Auslandspresse siehe z. B. *Le Figaro*, 20. 11. 1975; *Newsweek*, 1. 12. 1975.

Hart formulierte es P. M. Lings für *profil*, Nr. 47, 18. 11. 1975, S. 10: "Von ehemaligen Nazis akzeptiert zu werden ist demnach die extremste Form der Traumerfüllung. Leider schafft sie dem Juden in Kreisky zugleich ein schlechtes Gewissen: Und das betäubt er mit Aggression gegen Wiesenthal."

¹⁶⁴ Wistrich, *The Kreisky Phenomenon*, S. 243.

¹⁶⁵ Secher, *Kreisky and the Jews*, S. 26.

¹⁶⁶ Reimann, *Gespräche*, S. 28; es ist ebenfalls bezeichnend, daß Wiesenthal in Kreiskys 2-bändigen Memoiren keine einzige Erwähnung findet. "Ich mag den Wiesenthal halt nicht, das muß mir doch erlaubt sein", sagte Kreisky in einem *profil*-Interview 1986; *profil*, 21. 4. 1986, zit. n. Bunzl, *Erinnerung*, S. 112.

¹⁶⁷ *Profil*, Nr. 44, 28. 10. 1975. Die Bedeutungsschwere, welche Wiesenthal in das Wort "Schicksal" legt, schließt die persönliche Wahl aus; wer sich vom Judentum löst, kann, das ist seine "feste Überzeugung", dies "nicht ohne Schaden zu nehmen" tun; Sporrer/Steiner, *Simon Wiesenthal*, S. 17.

Printquelle: in: Gehler, Michael / Sickinger, Hubert (Hg.): Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim. Kulturverlag, Thaur/Wien/München 1996, S. 502-531.

als sie nach ihrer persönlichen Meinung zum Streit zwischen Wiesenthal und Kreisky gefragt wurden, lächelnd geantwortet haben sollen: "Das ist eine innerjüdische Angelegenheit."¹⁶⁸

Kreiskys Äußerungen über den Nationalsozialismus haben dazu beigetragen, die Österreicher von den Sünden der Vergangenheit, zu denen sie sich nie ernsthaft bekannt hatten, freizusprechen.¹⁶⁹ Kraft seiner Autorität und persönlichen Legitimation breitete der Kanzler 1975 erneut den Mantel des Schweigens über jene Vergangenheit, unter die er bereits 1970 einen deutlichen Schlußstrich gezogen hatte. Richard Mitten weist der Kreisky-Peter-Wiesenthal-Affäre Beispielwirkung und Tabubrecher-Funktion zu. Er kommt zum Schluß, daß Kreiskys Anschuldigungen und Behauptungen, in denen sich zahlreiche antisemitische Klischees fanden, eine Berichterstattung ermöglichten, "die nur durch deren kritiklose Wiedergabe half, Antisemitismus wieder salonfähig zu machen",¹⁷⁰ - eine Entwicklung, die in der "Waldheim-Affäre" erschreckend zutage treten sollte.

¹⁶⁸ *Maariv*, 19. 11. 1975.

¹⁶⁹ Vgl. Wistrich, *The Kreisky Phenomenon*, S. 243 f.; Thomas Albrich, "Es gibt keine jüdische Frage". Zur Aufrechterhaltung des österreichischen Opfermythos, in: Steinger, *Der Umgang mit dem Holocaust*, S. 147-166; Bunzl, *Erinnerung*, S. 110.

¹⁷⁰ Wodak u. a., "Wir sind alle unschuldige Täter", S. 322.